

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z o. o. d. p., Katowice,
ul. Marjaka 1. Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,
Sp. z o. o. d. p., Konto 501 980.

Erlste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),
Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigentypen: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr. Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehen-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bezw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Betreibung, Akkord oder Konkurs in Fälligkeit. Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Insätze wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugs geldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Oder und Mittellandkanal vor dem Reichswasserstraßen-Beirat

Zurücksetzung des versprochenen Oderausbaus

(Telegraphische Meldung)

Heidelberg, 5. Mai. In der Stadthalle trat der neu gewählte Reichswasserstraßen-Beirat zu einer Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte Reichsverkehrsminister v. Guepard, in dessen Begleitung sich Staatssekretär Gutbrod und Ministerialdirigent Dr. Königs befanden.

Ministerialdirigent Königs nahm in seinem Bericht „Zehn Jahre Reichswasserstraßenverwaltung“ u. a. auch zu oberschlesischen Fragen Stellung. Bezuglich des Ottmachauer Staubeckens führte er aus, daß das Staubecken in erster Linie der landeskulturellen Wasserwirtschaft dienen soll. Durch die bei dem Übergange der Binnengewässerstrassen von den Ländern auf das Reich erforderlich gewesenen Bindung sei die Wasserstraßenpolitik auf die Fertigstellung einer langen Liste von im Bau befindlichen Wasserstraßen, deren

Kernstück der Mittellandkanal

sei, festgelegt gewesen. Die Reichswasserstraßen-Bewaltung sei noch auf Jahre hin aus von diesen Aufgaben in Anspruch genommen und habe entgegen vielfachen Ausschreibungen keinen einzigen Kanal neu begonnen.

Gegenüber den Sorgen, die Oberschlesien und die Reichsbahn an die für 1927 bevorstehende Fertigstellung des Hauptstücks des Mittellandkanals knüpfen, wies er darauf hin, daß zur Wasserstraßenpolitik des Reiches die Absicht gehöre, den durchgehenden Kanalverkehr vom Ruhrgebiet nach Berlin mit einem solchen Maß von Schiffsabgabens zu belegen, daß einmal die in der ersten Zeit unvermeidlichen Ausfälle der Reichsbahn in erträglichen Grenzen blieben und daß ein anderes Mal Oberschlesien die Gewähr habe, in seiner Wettbewerbsfähigkeit auf dem Steinkohlenmarkt in Berlin nicht gefährdet zu werden.

Für die Zeit nach der Fertigstellung der laufenden Bauvorhaben würde u. a. viel erörtert der Oderkanal. Demgegenüber wies er darauf hin, daß seit je her die Binnenschifffahrt ihre höchsten Leistungen im Verkehr auf den Strömen nach und von den Seehäfen aufzuweisen habe. Daher müsse die Reichsregierung dafür sorgen, daß die deutschen Seehäfen an Ems, Weser, Elbe und Oder gefördert werden. Für die Zeit, in der die Geldmittel nicht mehr durch die Zuwendungsführung der Kanalpolitik der Länder gebunden sein würden, werde nach den Bedürfnissen der Verkehrspolitik und auch der Ostpolitik die Oder an erster Stelle stehen.

*

Wenn der Regierungsvertreter vor dem Reichswasserstraßen-Beirat seine Ausführungen über die Wasserstraßenpolitik des Reiches im Osten gemacht haben sollte, um die begründeten Sorgen und Befürchtungen der gesamten oberschlesischen und ostdeutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Bau des Mittellandkanals und der Vernachlässigung der Oder zu beschwichtigen, so kann er mit dem Inhalt seiner Rede, soweit dieser aus dem amtlichen Bericht zu erkennen ist, kein Auge keineswegs erreicht haben. Oberschlesiens ganze Hoffnung in der Verkehrspolitik beruht auf den immer wieder gemachten Versprechungen, daß der Oderausbau vor Fertigstellung des Mittel-

landkanals soweit durchgeführt werden sollte, daß u. a. die Wettbewerbsfähigkeit der oberschlesischen Steinkohle zumindest auf dem Berliner Markt erhalten bleibt. Aus den Darlegungen vor dem Reichswasserstraßen-Beirat muß man den Eindruck gewinnen, daß die Oder erneut zurückgestellt worden ist, daß jetzt der Mittellandkanal ausgebaut, dann die anderen Kanäle durchgeführt werden sollen, daß dann die Mittel für den Ausbau der Seehäfen Verwendung finden sollen und daß dann schließlich auch einmal mit stärkerer Kraft an den Oderausbau herangegangen werden soll.

Zu einer Zeit, wo das Reich eine Osthilfe in Gang gebracht hat und wo die Erkenntnis Allgemeingut geworden ist, daß die starken Aufgaben ganz Deutschlands darin liegen, den Osten wirtschaftlich zu führen, muß eine solche Auffassung unverständlich erscheinen. Der Trost, daß der Mittellandkanal derartig mit Schiffsabgabens belegt werden würde, um durch diese Abgaben die oberschlesische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und den Ausfall der Reichsbahn zu decken, kann nicht genügen, um Oberschlesien und das ganze Gebiet des Ostens mit dem Verzicht auf raschesten Ausbau der Oder zur vollwertigen Wasserstraße einverstanden zu machen. Man wird sich die Frage vorlegen, zu welchem Zweck das Reich die ungeheuren Gelder in den Ausbau des Mittellandkanals steckt, wenn der Nutzen für die Wirtschaft dann durch Schiffsabgabens hinfällig gemacht werden soll.

Man soll dem Osten nicht vorwerfen, daß er kein Verständnis für Forderungen der Gesamtirtschaft des Reiches habe. Sobald sich aus der Durchführung einer derartigen Aufgabe, wie sie der Mittellandkanal darstellt, ein Vorteil für das Ganze ergibt, der durch die Befruchtung des gesamten Wirtschaftslebens allen Teilen zugute kommt, wird man im Osten keinen Einspruch erheben. Die Lage der ostdeutschen Landesteile ist aber so groß, daß sie zumindest erwarten dürfen, daß die dringendste Arbeit für die Erhaltung ihrer Wirtschaft durchgeführt wird, und daß sie nicht zurückgestellt wird, zugunsten eines umfangreicher Werkes, dessen allgemeiner Nutzen immerhin umstritten ist. Dadurch, daß der Mittellandkanal mit Schiffsabgabens belegt werden muß, um seine Wirkung auf die Reichsbahn und auf die oberschlesische Wirtschaft abzuwählen, zeigt sich doch, daß der Ausbau dieses Kanals vom Überblick des Reiches aus gesehen kein reiner Fortschritt ist. Der Ausbau der Oder, deren Wasserstraße von der Natur vorgezeichnet ist, zum vollwertigen Großschiffahrtsweg, läge wohl näher als die ziehung eines Kanals; er würde der am stärksten bedrohten und nationalpolitisch umkämpften Wirtschaft die notwendige Hilfe geben, und es sollte daher für das Reich keinerlei Anlaß bestehen, die Versprechungen auf rechtzeitigen Ausbau dieser Wasserstraße nicht einzuhalten und ihn in eine fernere Zukunft hinauszuschieben.

Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes

Beratungen unter Treviranus' Vorsitz

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Mai. In der Reichskanzlei stand am Dienstag eine Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über die Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes statt. Vertreten waren neben einer Reihe von Einzelpersonlichkeiten und Behörden der Reichshäuserbund, das Reichsbanner, der Stahlhelm, Deutsche Jugendkraft, Eichenkreis, der Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände, Hilfsgemeinschaft Deutscher Kriegsteilnehmer, Freihaar, Reichslandbund, Kuratorium für Arbeitsdienst und Volksbund für Arbeitsdienst.

Den Vorsitz führte Reichsminister Treviranus, der die Verhandlungen mit längeren Darlegungen darüber eröffnete, wie sich nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst mit Unterstützung des Reiches entwickeln ließe. Er betonte hierbei die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage und die Möglichkeit, an bestimmte bestehende gesetzliche Einrichtungen anzuknüpfen. Es bestehet die Hoffnung, von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung einen Kopfsbeitrag von etwa 2 Mark für eine be-

stimmte Frist (cirka 20 Wochen) zu erhalten. Der Minister zeigte auch die übrigen mit dem freiwilligen Arbeitsdienst verbundenen Fragen, darunter die Schwierigkeiten der Führerfrage, die Zweckmäßigkeit, sich vorwiegend auf kleinere Arbeiten zu beschränken und die Möglichkeiten der Kontrolle. Er betonte abschließend, daß es an der Zeit sei, mit einem Versuch auch aus größerer Grundlage anfangen. In der Aussprache billigten alle beteiligten Organisationen mit gewissen Abweichungen den Grundgedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden. Die nächste Sitzung wird unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald stattfinden, wobei die Brauns-Kommission ihr Gutachten über den freiwilligen Arbeitsdienst erstatten wird.

*

Stahlhelm, Jungbo und Reichsbanner zu sachlichen Beratungen an einem Tisch — wenn das nicht ein gutes Omen für die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sein soll! Zweifellos sind die Verbände, mit denen Treviranus hier verhandelt hat, die

Curtius rückt ab vom Polenvertrag

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Mai. Der Reichsausschuß für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei trat unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichsaußenminister Dr. Curtius teilnahm.

In seinem Vortrag über die zoll- und handelspolitische Lage führte Dr. Schneider u. a. aus, daß Deutschland im Hinblick auf die Ge- ja mit Lage aus der tiefen Stagnation herausgekommen sei. Nach Osten und Süden stände Deutschland aber noch immer vor großen Schwierigkeiten. Bei der Politik stark erhöhte Schwerpunkte zur Erhaltung der einheimischen Landwirtschaft habe die Deutsche Volkspartei die Förderung vertreten, daß die Sicherung gegen den Einfuß der Weltmarktpreise keine Verneuerung der inländischen Lebenshaltung und keine Störung der handelspolitischen Beziehung zum Ausland bedeuten dürfte.

Im Anschluß an Dr. Schneider ergriff Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort, um zu einer Reihe von handelspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, w

zu dem deutsch-polnischen Handelsvertrag

zu den deutsch-rumänischen Verhandlungen und zum deutsch-österreichischen Zollabkommen. Er stellte fest, daß an dem Nichtstaatkommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages in erster Linie Polen die Schuld trage, das das ganze letzte Jahr verstreichen lassen, ohne eine Ratifizierung einzuleiten. Inzwischen hätten sich die Verhältnisse so geändert, daß auch Deutschland daraus Folgerungen ziehen müsse.

Bei der Besprechung des deutsch-österreichischen Zollabkommen erörterte der Minister die bevorstehenden Verhandlungen vor dem Europäischen Ausschuß und dem Völkerbundsrat in Genf. Die Darlegungen ließen keinen Zweifel daran, daß die Deutsche und die Österreichische Regierung entschlossen sind, mit aller Kraft das Abkommen durchzuführen.

Konferenz der kleinen Entente

(Telegraphische Meldung)

Bukarest, 5. Mai. Die Konferenz der kleinen Entente hat ihre Arbeiten abgeschlossen. In dem über die Lage ausgegebenen offiziellen Bericht heißt es:

In ihrer Sitzung vom 4. Mai haben die Vertreter der drei Länder den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion erörtert und vom juristischen, politischen und wirtschaftlichen Standpunkt geprüft. Sie haben auch die ihnen von der französischen Regierung übermittelten Vorschläge beraten. Die drei Regierungen haben die völlige Übereinstimmung ihrer Auffassungen über alle geprüften Fragen festgestellt und haben beschlossen, hierbei eine gemeinsame Haltung bei den bevorstehenden Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat, im Europäischen Ausschuß und bei etwaigen sonstigen Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten einzunehmen.

gegebenen Träger dieser Entwicklung, und die Notwendigkeit, hier in rein sachlichen Fragen sachlich miteinander zu verhandeln, möge über den zu erhoffenden Erfolg des Arbeitsdienstes ein Gewinn für die ganze politische Entwicklung werden.

Der Kampf um den Brotpreis

(Eigener Bericht unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 5. Mai. Der Kampf um den Brotpreis ist auch heute noch nicht zum Abschluß gekommen, obgleich der Reichsnährungsminister sich, wie es heißt, auf Drängen des Reichskanzlers, eifrig um eine Lösung bemüht. Sein Ziel ist, den Preis wieder auf den Stand zu senken, auf den es die Bäder und Brotfabriken bei Beginn der allgemeinen Preissenkungsaktion hinabgesetzt hatten, nämlich auf 46 Pfennig, während die Bäder erklären, von dem nunmehrigen Preis von 50 Pfennig nicht mehr abgehen zu können, es sei denn, daß die Mehlpredise erheblich gedrückt würden. Die Sozialdemokraten wollen sich mit einer Ermäßigung des Brotpreises auf 48 Pfennig zufrieden geben. Sie sind zu dieser Zurückhaltung offenbar durch die Vorstellungen der Konsumvereinsbäckereien genötigt worden. In dem Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion im Preußischen Landtag heißt es:

"Wir beantragen, das Staatsministerium zu ersuchen, durch den Reichsrat und auch auf dem Verhandlungswege auf die Reichsregierung einzutwirken, daß die letzte Brotpreiserhöhung in Berlin und anderen Orten sofort rückgängig gemacht wird."

Die Bemühungen des Ministers Schiele ziehen darauf ab, die Müller zur Senkung der Mehlpredise zu bewegen. Es sind Verhandlungen im Gange, um die Senkung des Weizenzolls von 25 Mark auf 16 Mark für das Kontingent von 500 000 in vollem Umfange für den Mehlpredise

zu bringen. Der Minister hofft, daß diese Senkung ausreichen wird, um die Erhöhung des Brotpreises wieder rückgängig zu machen.

Verordnung über Zollermäßigung für Weizen und Spelz

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Mai. Durch eine am 6. Mai zur Veröffentlichung gelangende Verordnung wird der Zoll für Weizen und Spelz zur Herstellung von Mehl oder Schrot für diejenigen Mühlenbetriebe, die in dem Kalenderverleih Jahr April bis Juni 1930 ausländischen Weizen oder Spelz zu Mehl oder Schrot verarbeitet haben, in Höhe von 20 Prozent der gesamten, von ihnen in dieser Zeit nachweislich zu Mehl oder Schrot vermahnten Mengen inländischen und ausländischen Weizens und Spelzes auf 20 Mark je Doppelzentner ermäßigt.

Diese Regelung gilt zunächst bis zum 15. Juni 1931 und ist den geltenden Vorschriften über den Vermahlungszwang für Inlandsweizen angepaßt, sodass die derzeitige Vermahlungsquote von 50 Prozent völlig unberührt bleibt und eine für die Landwirtschaft nachteilige Wirkung auf dem deutschen Markt nicht eintritt. Die Mühlen werden gehalten werden, den ganzen Vorteil dieser Zollvergütung von 50 Mark für die Tonne ausländischen Weizens den Verbrauchern dadurch zu gute kommen zu lassen, daß eine entsprechende Senkung des Mehlpredises erfolgt.

Braun verteidigt sich nach allen Seiten

(Drammeldung unsrer Berliner Redaktion)

Berlin, 5. Mai. Ministerpräsident Braun hat zu Beginn der Dienstag-Landtagssitzung noch einmal das Wort genommen, um auf die vielen Angriffe zu antworten, die gestern von rechts gegen ihn gerichtet worden waren. Er hatte in diesem leichten guten Tag. Seine Rede war eine schwache Polemik, die mit billigen Mähzen geplättet war und vom staatspolitischen Überlegenheit wenig erkennen ließ. Seine Verteidigung der Notverordnung und die Gegenangriffe auf die Front des Stahlhelmvolksbegehrns waren matt und ohne Wirkung. In der Haupthand war es dem Ministerpräsidenten auch wohl um etwas anderes zu tun, nämlich darum, dem Zentrum vor aller Welt einige Freindlichkeiten zu sagen. Es hat ihm offenbar Unbehagen verursacht, daß die Stellungnahme des Zentrums zum Volksbegehrn doch nicht überall so entschieden ablehnend gewesen ist, wie er es gewünscht hatte. Deshalb malte er der Partei aus, wie gut sie doch bei dem "duldsamen" Regime Braun-Severing aufgehoben sei. Dieses starke Liebeswerben um das Zentrum könnte ihm aber wieder auf der anderen Seite im Lager der kircheneindlichen Sozialdemokraten verdächtig werden. Deshalb befürchtete Herr Braun sich, auch sie der wohlwollenden Toleranz zu versichern. Eine Freude dürfte weder der eine noch der andere an diesen Befreiungen gehabt haben. Die Ausänderungen gingen dann noch eine Weile weiter, ohne daß sie sich aus den Niederungen erhoben.

Die Abstimmungen zum Haushalt des Ministerpräsidenten wurden vertagt. Zur zweiten Beratung des Diätengesetzes war ein Antrag des Landvolkes eingebrochen, der darauf abzielt, bei Beamten, Geistlichen und Lehrern, denen im Zusammenhang mit ihrer Abgeordneteneigenschaft eine aus öffentlichen Mitteln befürlichte berufliche Vertretung gestellt wird, die Aufwandsentschädigung bis zu ihrer halben Höhe zur Überdeckung dieser Stellvertretungskosten heranzuziehen und zu fördern. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Die dritte Beratung des Diätengesetzes findet später statt.

Dann wurde der Haushalt des Finanzministeriums in Angriff genommen. In etwas gezwungenem Zusammenhang damit sprach der Zentrumsabgeordnete Hes über konfessionelle Paritätsfragen. Er beklagte sich darüber, daß die katholische Bevölkerung noch immer bei der Besetzung von Beamtenstellen benachteiligt sei. Der Regierungsbezirk Oppeln z. B. bestelle zu 88 Prozent aus Katholiken. Von den 42 höher gestellten Beamten bei der Oppelner Regierung seien aber immer noch 27 evangelisch. Der Redner fragte, ob es wohl denkbar wäre, daß in Pommern zwei Drittel der höheren Beamten katholisch seien. Die Katholiken seien in Preußen auch heute noch nicht entsprechend ihrer Bevölkerungszahl an der Staatsverwaltung beteiligt. Dieselben klagen hat das Zentrum in einem Antrag erhoben. Es verlangt, daß bei der Neubesetzung von Stellen die katholischen Amäter solange bevorzugt werden sollen, bis die Parität wenigstens einigermaßen als beseitigt angesehen werden könne. Mit diesem Antrag beschäftigt sich der "Vorwärts" nicht gerade freundlich. Er schreibt: die Sozialdemokraten hätten noch mehr Grund, über Parität im alten Staate zu klagen. Sie wären deshalb wohl berechtigt, dieselbe Forderung zu stellen, sähen aber davon ab, weil für die Anstellung von Beamten nicht die Konfession und die Parteizugehörigkeit, sondern die Eignung ausschlaggebend sei. Wenn es nicht schwarz auf weiß stünde, möchte man es nicht glauben. Aber auch das Papier des "Vorwärts" ist geduldig.

Die Mandatsverteilung im Schaumburg-Lippeschen Landtag

Die Mandate im Schaumburg-Lippeschen Landtag werden sich voraussichtlich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien verteilen: SPD 7 (8), Deutschnationale Volkspartei 1 (mit Landvolk 3), DVP 1 (1), Deutsche Staatspartei 1 (1), Kommunisten 1 (0), Landvolk 0 (mit DNVP 3), Nationalsozialisten 4 (0). Es besteht die Möglichkeit, daß, wenn das amtliche Ergebnis noch eine geringe Verschiebung augenblicken der Deutschnationalen Volkspartei ergeben sollte, die Deutschnationalen zwei Mandate erhalten und die Staatspartei aufzählt. Die Sozialdemokraten haben die absolute Mehrheit, die sie bisher im Schaumburg-Lippeschen Landtag besaßen — von 15 Mandaten 8 — verloren. Es wird also in Zukunft der eine Kommunist von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Die Reparationsausprache in Washington

Auf der Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington ist auch verschiedentlich die Frage der politischen Schuldenzahlungen zur Sprache gekommen. Der Vorsitzende der amerikanischen Gruppe, Silas Straub, erklärte, es sei Aufgabe des Schuldners, die Initiative zu ergreifen. Er sei überzeugt, daß Amerika angesichts der allgemeinen Weltirtschaftslage die Berechtigung eines deutschen Motorräumungsantrages und einer Forderung auf Heraussetzung der Zahlungen anerkennen würde. Der Engländer Anderson warf die Frage auf, ob es nicht am besten wäre, die politischen Schulden überhaupt zu streichen.

Auf einer Zusammenkunft der amerikanischen Frontkämpfervereinigung, an der auch deutsche und österreichische Kriegsteilnehmer und Führer der Deutsch-Amerikaner teilnahmen, wurde in einer Entschließung die Revision der unheilbringenden Friedensverträge gefordert.

Flugzeugabiturz

Am Montag stürzte über dem Flugplatz Staken bei Berlin bei böigem Wetter ein Doppeldecker aus etwa 60 Meter Höhe ab. Das Flugzeug brannte sofort. Obwohl von der 150 Meter entfernten Flugzeughalle hilfe da war, waren die beiden Insassen, beides bewährte Flieger, in den Flammen umgekommen. Die Maschine hatte über dem Flugplatz Probeflüge ausgeführt, nachdem sie einen neuen Motor erhalten hatte.

Zwei Vorstandsmitglieder des Volksbundes freigesprochen

(Eigene Meldung)

Kattowitz, 5. Mai. Der Kassendirektor Ronge und der Professor Libera, beides Vorstandsmitglieder des Deutschen Volksbundes, hatten sich wegen willentlich falscher Anklagebildung an eine vorgelegte Behörde vor Gericht zu verantworten. Sie hatten auf Grund eines ihnen beigelegten Protokolls ein Schreiben an die Polizei abgelegt, in dem erklärte, daß der Vorwurf falsch sei. Der Vorwurf war, daß der Vorstand der Schuleinschreibungscommission in Dom die Erziehungsberechtigten dahin beeinflusste, ihre Kinder in die polnische Schule anzumelden. In der Verhandlung erfolgte nach einstündiger Beratung ein freisprechendes Urteil.

Wegen Spionageverdachtes zugunsten Polens wurde ein Angehöriger des 9. Reiterregiments durch die Kriminalpolizei verhaftet.

Neuer Weltrekord im Segelflug

Von München nach dem Erzgebirge

(Telegraphische Meldung)

Frankfurt a. M., 5. Mai. Der junge Frankfurter Pilot Groenhoff, der am Sonntag anlässlich der Einweihung des neuen Münchener Flugplatzes in München Segelflugvorführungen machte, unternahm am Montag, durch das Wetter begünstigt, einen Segelweiterflug. Er ließ sich von der Rhön-Rossitengesellschaft bis ungefähr 500 Meter Höhe über die Stadt München schleppen und dort aushängen. Er erreichte über der Stadt fast 1000 Meter Höhe und kreiste $\frac{1}{2}$ Stunden über dem Weichbild. Als ein Gewitter aufzog, nutzte er dessen Vorwind geschickt zu einem großen Überlandflug aus. Er erreichte gegen fünf Uhr

Regensburg, schraubte sich dann noch auf 1200 Meter in die Höhe und landete um 8.30 Uhr bei Raaben in der Tschechoslowakei, am Rande des Erzgebirges. Er hatte damit einen neuen Weltrekord von 265 Kilometer aufgestellt und den Rekord von dem Wiener Kronfeld von 164 Kilometer um 100 Kilometer verbessert. Bemerkenswert bei dieser Leistung ist, daß der Zug vollkommen auf ebener Strecke ausgeführt worden ist, während Kronfeld seiner Zeit immer am Gebirge entlang geflogen ist, um die Aufwinde auszunutzen. Es handelt sich um eine Leistung, die wohl bisher einzige darstellt.

Zusammenfassung der Arbeitslosenfürsorge

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Mai. Bei einem Presseempfang sprach der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preußischen Landgemeinden, Dr. Gereke, MdR, über die finanzielle Lage der Gemeinden und über den Gesetzentwurf zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge. Zur Begründung dieses Gesetzentwurfes führte Dr. Gereke u. a. aus:

"Die unerträgliche Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsverwaltung der Arbeitslosen ist in einem Umfang gestiegen, daß beschleunigte Maßnahmen der Reichsregierung unabdingt erforderlich sind, die spätestens Anfang Juni wirksam werden müssen. An der bisherigen Verteilung der Arbeitslosenfürsorge in Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung kann nicht länger festgehalten werden. Die unterschiedliche Behandlung der aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten erscheint für die Zukunft nicht weiter möglich.

Krisenfürsorge und Wohlfahrtsverwaltung

Krisenfürsorge und Wohlfahrtsverwaltung müssen in einer Reichsarbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden.

Eine wirksamere Form des gegenwärtigen Unterstützungssystems kann nur durchgeführt werden, wenn eine viel genauere Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt als bisher. Die wichtigste Frage ist die nach der Aufbringung der Mittel für die neue Reichsarbeitslosenfürsorge. Grundsätzlich erhebt der Deutsche Landgemeindetag die Forderung, daß Reich und Länder beteiligt werden müssen. Die Land-Gemeinden können nicht mehr als 15 Prozent tragen. Wir wissen, daß die Gemeinden nicht völlig entlastet werden. Der Deutsche Landgemeindetag muß also immer wieder darauf hinweisen, wie schwer gerade die kleinen leistungsschwachen Agrar- und Arbeiterwohnsiedlungen durch das jetzige System der Unterförderung der Reichssteuerüberweisungen benachteiligt werden. Im Jahre 1928 hat nach amtlichen Zahlen an Reichssteuerüberweisungen je Einwohner erhalten:

Frankfurt am Main rund 38 Mark,
Berlin rund 34 Mark,
im Durchschnitt die Großstädte rund 33 Mark,
die Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern rund 7 Mark, und
die Gemeinden bis zu 200 Einwohnern rund 3 Mark.

Diese Zahlen haben sich für die Landgemeinden noch wesentlich verschoben. Sie sind der beste Beweis dafür, wie notwendig ein interkommunaler Vorsatz ist, weil kleinen Gemeinden so gut wie jede Möglichkeit fehlt, einen Ausgleich für die ständig wachsenden Wohlfahrtsosten zu finden.

50 Jahre Verein der Kölner Industriellen

(Telegraphische Meldung)

Köln, 5. Mai. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln feierte sein 50jähriges Bestehens. Die Grüße der Reichsregierung und des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe überbrachte Staatssekretär Dr. Trenckenburg, der insbesondere der Tätigkeit des Vereins in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, vor allem während der Ruhrbesetzung, gedachte. Die Wünsche der Industrie- und Handelskammer Köln entbot Geheim-

Henderson ehrt Stresemann

Der englische Außenminister Henderson hat am Sonnabend eine Kundgebung an den Mainzer Arbeitsausschuß für das Stresemann-Threnmal gerichtet, in der es wörtlich heißt:

"Es ist gewagt, den Spruch vorweg zu nehmen. Aber die gewöhnlichen Maße sind nicht auf Dr. Stresemann anwendbar. Er lebte in einem Zeitalter des Durcheinanders und des Wiederaufbaues, und es war seine höchste Leistung, daß er viel klarer als die meisten seiner Zeitgenossen sah, nach welchen Richtlinien dieser Wiederaufbau durchgeführt werden sollte. Aus diesem Grunde gehört seine Arbeit und die Erinnerung an ihn nicht Deutschland allein, sondern Europa und der Welt. Ihm war es gegeben, durch seine intellektuelle und persönliche Macht Triumph zu feiern. Seine letzte Rede vor der Tribüne der Volksverbandsversammlung in Genf war der heroische Versuch eines Sterbenden, den letzten Rest seiner Kraft hinzugeben, um den Genius der deutschen Kultur in den Dienst seines Volkes und der Welt zu stellen. Ein britischer Außenminister kann auch nicht vergessen, daß Dr. Stresemann mehr als irgend jemand der Mann war, der die Völker Großbritanniens und Deutschlands wieder miteinander vereinte und das Mützen und die Mützen zerstreute, die der Krieg zurückgelassen hatte und der zwischen den beiden Nationen das Vertrauen wiederherstellte, das für sie beide ein so wertvolles Gut ist."

Der Mord an dem Geldbriefträger aufgeklärt

(Drammeldung unsrer Berliner Redaktion)

Berlin, 5. Mai. Die Ermordung des Geldbriefträgers Schwan hat dank der Tätigkeit der Kriminalpolizei schnell Aufklärung gefunden. Den Beamten ist es gelungen, nachzuweisen, daß das Verbrechen von dem 24 Jahre alten Maurer Ernst Reins verübt worden ist. Es scheint, als ob Reins nach Kopenhagen gefahren ist und von dort entweder nach Dänemark oder nach Schweden geflüchtete.

Für den in der Nacht zum 23. November 1930 während des Wahlkampfes in Gollnowitz getöteten Polizeiwachtmeister Schnapla soll ein Denkmal errichtet werden.

Mord in der Eisenbahn

(Telegraphische Meldung)

Warschau, 5. Mai. Auf der Strecke von Nowy Sącz in Polen ist in einem Personenzug ein Militärzahmleiter und möglicherweise auch ein Unteroffizier von Banditen bestochen, ermordet und aus dem fahrenden Zug geworfen worden. Der Fahrläufer und sein Begleiter hatten nach Sarny für das dort stehende 50. polnische Infanterieregiment etwa 100 000 Złoty zur Auszahlung der Gehälter und Löhne bringen sollen. Knapp vor Sarny bemerkte der Schaffner in einem Abteil Blutlende und verschiedene Zeichen eines Kampfes. Ein Sonderzug mit einer Untersuchungskommission, der die Strecke abfuhr, fand etwa 40 Kilometer vor Sarny neben der Bahngleise den blutüberströmten Leichnam des Fahrläufers vom Unteroffizier fehlte jedoch jede Spur. Man vermutet, daß die Banditen nach der Ermordung der beiden Militärpersönlichkeit mit dem geraubten Gelde aus dem fahrenden Zug geflohen sind. Es fehlt von ihnen bis jetzt jede Spur.

Unterhaltungsbeilage

Aus der „Geschichte der Bequemlichkeit“

Vom „Pioneer“ zum Schlafwagenzug — Zu George M. Pullmans 100. Geburtstag

In einer Schrift, die der Entwicklung der Dampflokotive gewidmet ist und von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn fürstlich herausgegeben wurde, unternimmt der Verfasser gleich zu Beginn einen überraschenden Vergleich. Und so eigenartig dieser Vergleich den Leser zunächst auch anmutet — bei einiger Überlegung erkennt man dennoch, daß der Verfasser durchaus im Recht ist. Der stellt nämlich den „Adler“ — jene berühmte Lokomotive, die im Jahre 1835 den ersten deutschen Eisenbahnzug von Nürnberg nach Fürth brachte — neben eine der modernen schweren Einheits-Schnellzug-Lokomotiven. Und nun gelangt er zu der Überzeugung, daß eine fast hundertjährige Entwicklung an den äußersten Besonderheiten der Lokomotive kaum etwas zu ändern vermochte. Der „Adler“, das ist ein liegender Kessel auf drei Rädern, mit einem Tender im Rüden. Die moderne Lokomotive zeigt äußerlich keine anderen Merkmale — nur die Größen verhalten sich anders! Der liegende Kessel ist geblieben — nur wesentlich größer. Schornstein und Dampfdom sind geblieben — nur wesentlich kleiner. Die Räder mit ihren Gestängen, der Riesenleib des Tenders, — sie sind in ihrem Umfang zwar mächtig gewachsen, aber ihre gegenwärtige Gestaltung ähnelt ganz der damaligen. Und nur ein einziger Unterschied erscheint dem flüchtigen Betrachter wesentlich: aus dem Führerstand, der damals offen und nur von einem zierlichen Spielzeug-Gitter umhüllt war, wurde ein geschlossenes Führerhaus. Aber das ist nur ein Unterschied in der Bequemlichkeit; wie denn überhaupt — und das ist eben die Schlussfolgerung — die ganze Geschichte der Eisenbahn eine „Geschichte der Bequemlichkeit“ genannt werden kann.

Die „Geschichte der Bequemlichkeit“ — sie ist noch ungeschrieben. George M. Pullman, dessen hunderter Geburtstag von den Reisefachleuten aller Länder am 3. Mai gefeiert wird — würde in dieser Geschichte dieselbe Rolle spielen wie etwa Luther oder Karl der Große in der politischen. Die Gründung der Mitropa entspräche in ihrer Bedeutung etwa der französischen Revolution — und die Durchführung des „Heinrichs“ — Erreich bilde den glänzenden Abschluß mit dem Ausblick auf neue Daten.

Auch eine „eiserne Nation“ von Zahlen, die die Kinder dieses typischen Geschichtsunterrichts — Gott behüte sie davor — in der Schule zu lernen hätten, wäre bald zusammengestellt. Etwa so:

- 1858 In einem Wagen der Cumberland-Bahn reist der Möbeltischler George M. Pullman von Buffalo nach Chicago. Die Nachfahrt ist so unerträglich, daß er sich vornimmt, dagegen etwas zu unternehmen.
- 1859 Möbeltischler Pullman baut einige Wagen der Chicago- und Altonbahn zu Schlafwagen mit je 10 Abteilen um.
- 1860 Der Preußische Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten fordert die königlichen Eisenbahnkommissariate auf, zu berichten, ob die Einrichtung von „Schlafstätten und von besonderen Compagnies für gewisse Bedürfnisse“ geboten sei. Antwort: es wäre nicht geboten.
- 1864 Pullman bringt den ersten Schlafwagen mit Klappbett-System in Verkehr. Sein Bau kostete 18 000 Dollars, und sein Name war „The Pioneer“.
- 1867 Gründung der Pullman-Car-Company mit einem Kapital von einer Million Dollars. Pullman baut eine Kücke in einen Schlafwagen hinein und nennt das Ganze „The President“. Das war der erste Speisewagen.
- 1872 Zwischen Wien und Paris verkehrt der erste europäische Schlafwagen.
- 1873 In den Schlafwagen wird das Herzlicht durch Öllampen ersetzt.
- 1880 Auf der Berlin-Anhalter Eisenbahn werden drei Wagen dritter Klasse zu Speisewagen ohne Küche umgebaut. Zwischen Weimar und Eisenach wird ein vorher fertiggestelltes Mittagessen verabreicht.
- 1883 Am 5. Juni wird der erste internationale Zugzug: der Orient-Express, in Dienst gestellt. Mit ihm fährt zum ersten Male ein Speisewagen mit Küche. Wenn man dort zu Gast sein wollte, mußte man eine Station abwarten und dann in diesen Wagen umsteigen. Verbindungen zwischen den einzelnen Wagen waren damals noch nicht erfunden.
- 1895 Auch Reisende dritter Klasse dürfen den Speisewagen benutzen!
- 1897 Pullman stirbt in Chicago. Zu seinem Nachlaß gehört eine ganze Stadt, die 19 Kilometer südlich von Chicago gelegene „Pullman-City“. Die ganze Stadt bestand aus einem Werk, in dem er seine Wagen baute. Aber es war nur eines dieser Werke!
- 1911 Weltausstellung Turin zeigt auffallendere, nach modernen Grundzügen eingekleideten sechsachsigen Schlafwagen.
- 1913 88 Speisewagenkurse und 243 staatseigene Schlafwagen in Preußen!
- 1917 1. Januar: Gründung der Mitropa. Im gleichen Jahr erster fahrplanmäßiger, ganz

aus Schlafwagen gebildeter „Schlafwagenzug“ Berlin-Köln.

Von hier ab zeigt der Schlaf- und Speisewagenbetrieb eine stete Aufwärtsentwicklung. Sie

führte zu der erstaunlichen Leistung, nach der die Mitropa 90 Millionen Wagenkilometer im Jahr zurücklegt. Die in Preußen von anderen Unternehmungen geführten Speisewagenkurse und später auch die von der preußischen Staatsbahn betriebenen Schlafwagenlinien wurden dem jungen Unternehmen angegliedert. Und mit 640 Wagen vermaßen 5600 Arbeiter und Angestellte das Erbe, das George M. Pullman der Mitropa anvertraute.

Walter Pollter.

Wie der Chauffeur zum Baron wurde

Dass ein Graf oder ein Baron zum Chauffeur wird, das ist nichts Neues. Es wimmelt in Paris, Berlin und Konstantinopel so von russischen Adligen, die Chauffeure geworden sind. Aber, daß ein Chauffeur zum Baron wird, das ist etwas Neues. Etwas, das wir bisher höchstens einmal in einem Film erlebt haben.

Eine solche Geschichte hat sich jedoch in Stockholm wirklich zugetragen. Dort wohnte, unter vielen anderen seines Namens, ein gewisser Carlsson. Es gibt außer ihm noch 300 000 Schweden, die denselben Namen führen. Dieser Carlsson also, von dem wir hier erzählen, war keines Zeichens Chauffeur. War hatte er es eine Zeitlang mit einem kleinen Holzhandel probiert, aber der Holzhandel ging nicht. In der allerletzten Zeit ging es auch mit dem Chauffieren nicht, und Carlsson wurde in die neue Gesellschaftsklasse der Arbeitslosen eingereiht. Seine Frau dagegen verdiente das tägliche Knäckebrot der Familie als Mannequin, als Choristin, als Logenschleiferin, kurz, in den verschiedensten Eigenschaften.

Nils Carlsson war nicht im Wohlstand aufgewachsen. Er war eines von fünf Geschwistern gewesen. Mitglied einer so kinderreichen Familie, wie sie heute in Schweden gar nicht mehr vorhanden ist. Vater Carlsson hatte, traditionsgemäß, seine Kinder in das Kirchenbuch eingeschrieben, das er zur Trauung erhalten hatte. In der alten Ehe, in der das Buch aufbewahrt wurde, durften die Kinder nicht herumkramen. Nils war es aber doch einmal gelungen, in der Ehe herumzukramen. Und bei der Gelegenheit hatte er entdeckt, daß er in das Kirchenbuch, im Gegenzug zu seinen anderen Geschwistern, nicht eingetragen worden war. Er war darüber sehr entrüstet und sehr ungünstlich und wollte wissen, weshalb er nicht auch in dem Buche steht. Er bekam aber keine rechte Antwort von seinen Eltern. Nils fand keine Ruhe mehr. Er wollte in das Buch eingetragen werden. Er ruhte und ruhte nicht. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, und schließlich mußte er erfahren, daß er gar kein Kind des Chepaars Carlsson sei.

Nils war niedergeschmettert. Er hatte also gar keine Eltern und keine Geschwister und, was noch schlimmer war, er wußte überhaupt nicht, wo er hingehörte. Er wollte aber unbedingt wissen, wer

er eigentlich sei. Jedoch auch auf diese, sehr berechtigte Frage erhielt er keine rechte Antwort.

Nils ließ nicht nach zu fragen: „Wer bin ich eigentlich?“ Und so ganz allmählich gewann er doch einige Unbekannte und erfuhr, daß er von höherer Herkunft sei. Es hieß, daß er der legitime Sohn eines schwedischen Barons sei, dessen Namen in Schweden einen ausgeszeichneten Klang habe. Einen ebenso guten Klang wie der Name des berühmten Geschlechts seiner „von Tag und Nacht“. Nils hatte nun erst recht keine Ruhe mehr und lebte seine Nachforschungen fort.

Es bestätigte sich, daß er der legitime und einzige Sohn eines Barons war. Er hatte nur das Unglück gehabt, etwas zu spät auf die Welt zu kommen. Die Ehe des Barons war schon lange nicht die glücklichste gewesen, und die Ankunft des kleinen Nils hatte sie nur noch mehr erschüttert. Der alte Baron wollte es nicht dulden, daß das Kind seinen Familiennamen trage. Er sah sich sofort nach der Geburt des Kindes nach Blaneekern um, und als er sie gefunden hatte, über gab er ihnen den kleinen Nils mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß er bei ihnen als eigenes Kind aufgezogen werde.

Als Nils das alles herausgefunden hatte, bestand kein Grund mehr, daß er nicht sofort seinen legitimaten Namen fordern und seiner Existenz eines untergeschobenen Kindes ein Ende machen sollte. Er tat denn auch unmittelbar die nötigen Schritte, mußte aber die traurige Feststellung machen, daß die übrigen Kinder des Barons über das plötzliche Auftauchen eines neuen Bruders durchaus nicht entzückt waren, ja, daß sie keineswegs den Wunsch hatten, ihn in ihrer Mitte aufzunehmen. Nicht einmal seine Bekanntschaft wollten sie machen. Aber Nils ließ nicht locker. Er wandte sich an das Gericht und setzte es durch, daß ihm sein Familienname und sein Adelsprädikat verliehen wurde.

Die Familie Carlsson behandelt den neuen „Friederike“ noch genau so herlich und liebevoll wie früher, aber bei seinem neuenbedachten Verwandten bleiben ihm die Türen verschlossen. Dagegen muß auch das schwedische Adelsbuch dem plötzlich auferstandenen „Friederike“ seinen Platz einräumen. Und die Gemahlin des „Friederike“ erwacht plötzlich als Mannequin das lebhafteste Interesse und wird nun wahrscheinlich bedeutend mehr verdienen als irgendein anderer, minder interessanter Mannequin. E. L.

ich oder - ich?

Roman von Hermann Hilgendorff

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6

10

Sprachen diese Beamten die Wahrheit oder vertellten sie sich?

Lestmann zertrümmerte eine Zigarette in der Hand und verbrannte sich die Finger, ohne daß er es in der Erregung merkte.

„Natürlich leugnet er . . . ! Er ist ganz toll geworden.“

„Wie?“

Er behauptet, daß wäre sein Geld! Sein Schick und . . . und . . . eine wütende Röte schoss in das Gesicht des Beamten.

„. . . und er behauptet, daß er selbst Benno Aram sei!“, sagte Lestmann durch die Zähne hindurch.

Der Beamte fuhr hoch:

„Bum Teufel, woher wissen Sie das, Herr Kompl?“

Lestmann sah erstickt das Flackern eines Mikrofons in den Augen des Inspektors. Nur ein leichtes Flackern . . . gleich konnte es in eine Flamme der Erkenntnis ausfliegen . . .

Lestmann ging an den Beamten vorbei zum Gedenken. Er fühlte das leise Zittern seiner Knie und sein ganzer Körper jetzt abgewandtes Gesicht war zerrissen und gequält.

„Eine gefährliche Karte, die ich jetzt auswiele!“, sagte sich Lestmann und drückte auf den Klingeltropf.

Johann erschien. Er war noch immer sehr bleich und Lestmann sah, daß kleine Schweißtropfen auf seiner Stirn standen. Hinter Johann sah Lestmann im Schatten des Flurs die mächtigen Schultern Barrys.

„Johann, du bist ein Verbrecher im Gefängnis eingeliefert, der die Behauptung aufstellt, er selbst sei Benno Aram und ich ein Schwindler . . .“

Lestmann wandte sich dem Inspektor zu. „. . . nicht wahr, Herr Inspektor, so ungefähr ist doch?“

„Ja . . . , rief der Inspektor und fuhr dann fort: „. . . aber wir . . .“

„Sicher ist sicher!“, lachte Lestmann und schnitt die Worte des Inspektors ab.

„Who, Johann, du bist zwanzig Jahre bei mir!“ Das Zweißel am meiner Identität?“

Sprachen diese Beamten die Wahrheit oder vertellten sie sich?

Was tote, erstarnte Gesicht Tornheims ihn anstarren.

„Dann ist unsere Unterredung wohl beendet!“ rief Lestmann und erhob sich. Er fühlte, daß er die Maske der Ruhe und der Uninteressiertheit nicht mehr lange würde tragen können.

„Es tut uns leid . . .“ begann der Inspektor und wurde ein wenig verlegen, „. . . aber der Kommissar wünscht, daß Sie mit Paul Lestmann konfrontiert werden. Wir sollen Sie mit zum Polizeipräsidium bringen.“

Lestmanns Maske zerriß eine Sekunde, und ein entsetztes Gesicht starnte den Inspektor an.

Der Inspektor deutete diesen Ausdruck falsch. „. . . es ist nur eine Formalsache! Weiter nichts! Auch der Kommissar muß sich an die Vorschriften halten . . .“

Lestmann schwieg noch immer. Der Kampf in seinem Innern verbrannte ihm fast jedes ruhige Überlegen.

Und ehe er recht wußte, was er getan hatte, hielt er den sechsschwüfigen Webley in der Faust. Die Beamten traten mit einem Ausruf des Erbreckens zurück.

„Aber Herr Kompl, der Mann ist doch entwaffnet! Dieser Lestmann kann Ihnen nichts tun. Er wird doch von Beamten begleitet, Ihnen und dem Kommissar vorgeführt . . .“ rief der Inspektor aus.

Lestmann schlug sich gegen die Stirn.

„Wirklich, ich bin ein Narr! Die verdammten Nerven haben schuld. Gestern ein wenig viel gesucht.“ Lestmann lachte heiter, stellte aber doch die Waffe in die Tasche.

Die Beamten wußten sich verstohlene Blicke zu. Sie wußten, daß Aram ein Trickster war.

Der Inspektor zögerte eine Sekunde. Ein Gedanke schien ihn erfaßt zu haben. Er wandte sich an Lestmann.

„Sollen wir Lestmann hier mit Ihnen konfrontieren?“

Lestmann zuckte zusammen. Er dachte an Johann und Barry. — „Nein! Nein!“ sagte er hastig. „. . . fahren wir zum Polizeipräsidium.“

Lestmann trug die Faust um den sechsschwüfigen Webley gekrampft, als der Inspektor die Tür zum Zimmer des Kommissars aufstieß.

„Ich werde dies Zimmer entweder tot oder in Kesseln verlassen!“ sagte Lestmann, und er fühlte einen stechenden Schmerz in seinem Herzen.

Er dachte an die Frau, die er hatte küssen wollen und er mußte sekundenlang die Augen schließen, um den wilden Schmerz zu verborgen.

Und ganz plötzlich setzte die Revolte in Lestmann ein. Er wollte nicht mehr kämpfen . . . Die Verhöre. Die Konfrontationen. Begegnen . . . Gestehen . . . Er wollte gleich gehen. Dann war die Sache vorbei . . . Der Traum zerstört . . . Aus der Blume des Abenteuers trockn der häßliche Wurm . . .

Kommissar Longinus erhob sich von seinem Sessel. Eine große Erscheinung mit mächtigen Schultern. Das Gesicht fast vierzig. Eine gewaltige Stirn wie eine Mauer. Darunter kluge, große und scharfe Augen.

Er schritt auf Lestmann zu, und Lestmann hatte das Gefühl, als schritte das Schicksal auf ihn zu.

Er machte unwillkürlich einen Schritt zurück. Er entscherte die Waffe in seiner Tasche fast gegen seinen Willen. Dann riß er sie hervor . . . doch er schoß nicht . . .

Er reichte sie dem Kommissar.

„Es ist ja doch alles zwecklos . . . !“ Seine Bewegung war müde und der Glanz in seinen Augen war erloschen. Er ähnelte dem Lestmann wieder, der sich damals auf der Polizeiwache selbst stellen wollte . . .

Um den Mund des Kommissars lag ein leichtes spöttisches Lächeln.

„Ja, es ist alles zwecklos . . .“ Er wog einige Sekunden nachdrücklich die Waffe in der Hand und jagte plötzlich: „Eine schöne Waffe . . . eine sehr schöne Waffe . . . Eine Luxusausgabe von Webley . . .“ Der Herzog von Exminster erschob mit der gleichen Ausgabe den berüchtigten Einbrecher Tornfeld in seinem Palais, den er beim Einbruch überrachtte. Ich hielt mich damals zum Studium der englischen Verhältnisse in Scotland Yard auf . . .“ Der Kommissar lächelte in der Erinnerung ein wenig vor sich hin und reichte die Waffe Lestmann zurück.

Lestmann vergaß fast die Waffe anzunehmen, so seltsam erstickt ihm das Benehmen des Kommissars. Der aber fuhr fort:

„. . . und trotzdem hat der Herzog von Exminster den berüchtigten Tornfeld nicht getötet trotz der Webleyfuge im Herzen Tornfelds . . .“

„Wie?“ fragte Lestmann ganz mechanisch. Was interessierte ihn diese ganze Geschichte überhaupt? Warum erzählte sie dieser Kommissar, der noch den Eindruck eines müßigen Schwägers machte.

(Fortsetzung folgt.)

Heut früh 6 Uhr verschied nach längerem Leiden unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante

Frau Henriette Kallmann

geb. Woythaler

im ehrenvollen Alter von 87 Jahren.

Beuthen OS., Gleiwitz, Kattowitz, Mikultschütz.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Hugo Kallmann und Frau
Max Kallmann und Frau
Sara Eichner, geb. Kallmann
Theodor Kallmann und Frau
Recha Schindler, geb. Kallmann
Isidor Kallmann und Frau
Lotti Kallmann, geb. Simenauer
Markus Eichner
Enkel und Urenkel.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 7. Mai, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus, Gleiwitzer Str. 11, statt.
Von Kondolenzbesuchern bitten wir Abstand zu nehmen.

Reichsbund der Zivildienstberechtigten, Verein Hindenburg

Am 3. Mai 1931 verschied plötzlich unser langjähriges, treues Mitglied

Herr Otto Irrgang.

Ehre seinem Andenken. Der Vorstand. Beerdigung am Mittwoch, den 6. Mai, 14.30 (2½) Uhr, vom Trauerhaus, Hindenburg-Zaborze, Plesser Str. 7.

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Landestheater Beuthen (Nachspielzeit)

Mittwoch, 6. Mai, 16 Uhr, das entz. Märchen „Nottäppchen“ - Preis von 0,10 Mk. ab.

Mittwoch, den 6. Mai, 20½ Uhr, der große

Heiterkeitserfolg, Volksvorstellung:

„Der leidige Lebemann“, Schwan in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

Büffet im 1. Stock. 7. Staffenstunden: 11-13 u. 18-20½. Tel. 2745.



Die belebende Naturkraft fürs Haar

Gegen Haarausfall, Schuppen und Jucken der Kopfhaut verwenden Sie nur das schon seit vielen Jahren von Apotheker Schwarz bekannte und bestbewährte Echte Edel-Birkenhaarwasser lose ¼ Liter 95 Pf. od. Echtes Deheika-Brennesselhaarwasser lose ¼ Liter 70 Pf. Bitte Flasche mitbringen. Nur zu haben in Beuthen: Barbara-Drogerie, Ring 9/10 Ecke Schieb-

hausstraße

Drogen- u. Farbenhandlung (K. Franzke)

Nachfl., Krakauer Straße;

Drogerie u. Parfümerie Jos. Schedon

Nachfl., Dynosstraße;

Drogerie Gerh. Lesch, Parkviertel

gegenüber dem Knapschaftslazaret;

Engel-Drogerie (G. Dombrowski),

Tarnowitzer Straße;

F. Placzek, Drogerie u. Fotohandlung

Friedrichstraße 7.

Zuckerkranke

Wie Sie Ihren Zucker los und wieder arbeitsfähig werden, teile ich jedem Kranken unentgeltlich mit

F. Löw, Walldorf L 54 (Hessen)

Ig. Mädchen, 20 J., berufst., naturliebend, wünscht Bekanntschaft zw. gemeins. Wanderrungen zw. B. Rodg. Ang. int. B. 2762 am d. G. d. S. Beuthen.

Tennis-

Schläger-Reparaturen und Neuversorgungen führt sachmärrisch aus Görlitz, Beuthen OS., Ritterstraße 15.

Neu eröffnet!

Fahrräder

10 Mk. Anzahlung

5,- Mr. 14-tägig oder 2,50 Mr. wöchentlich. 3 Jahre Garantie.

Volkmer, Beuthen OS., Krakauer Straße 87.

Berläufe

8/90 PS, 6-Siger.

Limousine

steht preiswert zum Verkauf. Zu erfr. unt. Gl. 6416 an d. Geschäft, dies. Zeitung Gleiwitz.

Motorrad

Bittoria 350 ccm, gut erhalten, steht billig zum Verkauf.

Beuthen OS., Fr.-Ebert-Straße 38 v.

Raufgesuche

Kaufe gefragene

Herren- und Damen-Garderoben, Schuhe, jahre die höchst. Preise. Komme auch ansässig.

L. Riedginst, Beuthen, Krakauer Straße 26, 3. Et.

Kleine Anzeigen große Erfolge!

Städt. Orchester, Beuthen OS.
Musik. Oberleitung: Opernkapellmstr. Erich Peter.

Waldschloß Dombrowa

Heute, Mittwoch, 6. Mai, ab 16 (4) Uhr

Garten-Konzert

Mittwoch, abends 20½ Uhr

erstes Gartenkonzert im Konzerthausgarten.

M. Büttner's Bierstuben

Beuthen, Piekarer Straße 98

Heute,

Mittwoch, von 10 Uhr vormittag ab

Schlachtfest



Nur einige Tage! Sünftigste Gelegenheit!

Nach Rückkehr aus dem Orient offeriere ich einen großen Posten echter

Versei-Zeppiche und -Brücken

chinesischer und persischer Provenienzen

zu nie dagewesenen Preisen.

Besichtigen Sie meine Sonderausstellung Bahnhofstraße 30 und mein Hauptlager Bahnhofstraße 401 (Dresdner Bank).

Geöffnet 3 bis 7 Uhr nachmittags.

Karl Stein, Beuthen OS. Telefon 5036

„Ein Mann, der recht zu wirken denkt, muß auf das beste Werkzeug halten.“

Goethe

Des Kaufmannes Wettbewerbsfähigkeit ist von der richtigen Wahl seiner Werbemittel abhängig.

Im Kampf um die Gunst des Käufers entscheidet die erfolgreiche Anzeige, das heißt: die wirksame Anzeige in einer einflußreichen Zeitung.

Anzeigen in der „Ostdeutschen Morgenpost“ haben stets Erfolg!



Ein Zeichen des Vertrauens

weitester Kreise ist der erstaunliche Aufschwung, den die

Deutsche Bau- u. Wirtschaftsgemeinschaft

e. G. m. b. H., Köln, Riehler Straße 31a

in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens genommen hat.

Mit Recht darf sie sich heute als führende zinslose Bausparkasse bezeichnen. Fordern Sie noch heute kostenlos und unverbindl. Zusendung der Druckschrift Nr. 346

Der Erfolg beweist!

In 2 Jahren über 23000 Mitglieder! Wieder 2½ Millionen Reichsmark zugeteilt! Bisher 13 Millionen Reichsmark zinslose Darlehen verteilt.

Name: _____

Wohnort: _____

Mitarbeiter aller Stände (örtliche Vertrauensleute und stille Vermittler) gegen angemessene Vergütung gesucht.

General-Agentur Oppeln, Breslau 16, Möwenweg 113.

Erstes Kulmbacher Spezial-Ausflank Inh.: M. Schneider

Telephon Nr. 4025 / BEUTHEN OS. / Dynosstraße 38

Mittwoch, den 6. Mai 1931

ab 10 Uhr vormittag

Großes Spanferkel-Essen

Erstklassige Küche
Bestgepflegte Biere

Biere bester Abfüllung jederzeit frei Haus.

Herrschäftsliche

5-Zimmer-Wohnung

großräumig, sonnig, mit reizvollen Bei-
geiß, mit Zentralheizung, in nächster
Röhre vom Bahnhof ins Promenade, per
1. Juli 1931 zu vermieten.

Anfragen unter B. 2764 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS. erbeten.

Am 1. Juli 1931 werden 2 schöne, im
Ergebnis, Gleiwitz, Proskr. 4, geleg.

Büroräume

mit Zentralheizung frei. Anfragen an
Postfach 273 Gleiwitz.

Im unserem Grund-
stück Dynosstr. 48

ist ab 1. August 1931
eine

6-Zimmer- Wohnung

in der 2. Etage zu
vermietet. Bödig & Grünfeld,
GmbH, Beuthen OS.

Gef. Ang. u. B. 2763 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS.

Miet-Gesuche

Zum 1. 7., evtl. früher,

4- bis 5-Zimmer-Wohnung

in Beuthen gesucht. Ang. int. B. 2769

an die Geschäftsst. d. Zeitg. Beuthen OS.

Größerer Laden

in Beuthen, Bahnhofstraße, Gleiwitzer
Straße od. Ring, gesucht. Angeb. unter
B. 2770 an die Geschäftsst. dieser

Zeitung Beuthen OS.

Für 1. Juli oder 1. Oktober

3-Zimmerwohnung

mit Biegel. im Altbau, Zentr., mögl. 1. Etg.

gefragt. Angeb. werden bis 100 Mark
angeboten. Nähere Auskunft unter B. m. 821
durch die Geschäftsst. d. Zeitg. Beuthen OS.

Sicherheits-Tankanlagen

mit geeichter Meßapparatur

Fabrik explosionssicherer Gefäße

Salzkotten G.m.b.H.

Verkaufszentrale BERLIN SW. 48, Wilhelmstraße 122.

Arterienverkalkung

Ihre Vorboten u. Begleiterscheinungen, wie:
hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle,
Herzbeschwerden, Schlaflösigkeit,

Gicht, Rheuma, bekämpfen Sie durch

„Radiosclerin“ (Wz. Nr. 313844)
die seit Jahren bewährten radiumhaltigen Brunnen-Tabletten (mit kontroll. Radiumgehalt). Nach Gutachten erster Autoritäten bewirkt reines Radiumsalz Entkalkung der Gefäße und damit eine bessere Blutzirkulation, sowie normale Funktion der lebenswichtigen Organe, besonders des Driisenystems und Wiederherstellung geistiger und körperlicher Frische. Orig.-Röhre Mk. 250, Orig.-Packg. mit 5 Röhren Mk. 11, Orig.-Packung mit 10 Röhren Mk. 20-

Zu haben in allen Apotheken.

Literatur mit ärztl. Gutachten, klin. Berichten u. Probe-Tabl.
kostenlos durch Radiosclerin-Gesellschaft m. b. H.,
Berlin SW 68/66.

Stellen-Angebote

Für einen Zigaretten- und Glaschen-Spirituosen-Verkauf wird p. bald ein jüngerer

Verkäufer

gesucht. Derselbe muss flotter Expedient und guter Dekorateur sein. Bewerb. mit
Zeugnisschrif. u. B. 2771 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung Beuthen OS. erbeten.

Für sofort erfahrene, selbständige

Restaurations-Kochin,

perfekt in fast. Küche, energisch, 1. Kraft,

Mamsell und Küchenmädchen

nur aus dem Fach

gef. Ang. m. best. Zeugn. u. Gehaltsanspr.

u. B. 2767 an d. G. d. Ztg. Beuthen OS.

Stellen-Gesuche

Statberatung in Gleiwitz

Oberbürgermeister Dr. Geisler über oberschlesische und Gleiwitzer Wirtschaftsfragen Generalaussprache der Fraktionsführer

Der Sturm auf den Etat

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 5. Mai.

Im Dienstag hatte das Stadtparlament den großen Tag der Statberatung. Oberbürgermeister Dr. Geisler konnte sich, da der Verwaltungsbereich den Stadtvorordneten bereits vorlag, damit begnügen, einige allgemeine Ausführungen zu machen, indem er sich ganz besonders mit dem Großschiffahrtsweg beschäftigte. Den Bau einer Schleppbahn lehnte Oberbürgermeister Dr. Geisler rückwärtig ab, obgleich alle wirtschaftlichen Kreise einschl. der Gewerkschaften sich seinerzeit darauf geeinigt haben und auch Oberbürgermeister Dr. Geisler noch vor einem halben Jahrzehnt zugesagt hat. Die Aussprache brachte dann eine Kritik der städtischen Verwaltung und der Betriebe und Unternehmungen, nicht zuletzt über wurde auch auf die gegenwärtige Wirtschaftslage der Stadt hingewiesen und hervorgehoben, daß Reich und Staat die Verpflichtung haben, der Stadt durch Zuschüsse zu helfen. Von verschiedenen Rednern wurde dies nachträglich hervorgehoben.

Die Aussprache dauerte 3½ Stunden. Feder Redner, und zwar kamen zunächst nur die Fraktionsführer zu Wort, hatte 20 Minuten Redezeit, nur den Kommunisten hatte man fünf Minuten mehr zugestellt. Allerdings haben mehrere Redner ihre Redezeit nicht unerheblich übertreten. Dann, gegen 22 Uhr, ging es sehr stürmisch in die Beratung der Einzelsets hinein. Stadtvorordnetenvorsteher Kuchartz wurde ein wenig nervös und machte eine Bemerkung, daß er bis um 4 Uhr durchberaten wolle. Im späteren Verlauf der Sitzung wurden dann die Auseinandersetzungen mitunter recht tempestiv. Wenn jedenfalls die Beratungen so weitergehen, wie sie angefangen haben, dann ist es sehr wohl möglich, daß der Haushaltssatz bereits am Donnerstag, also in der zweiten Sitzung, verabschiedet wird. Allerdings bieten der Wohlfahrtsetat und noch einige andere Einzelsets erhebliche Klippen und so wird wohl auch der Freitag noch mit den Beratungen ausfüllt sein. Am Donnerstag und Freitag beginnen die Beratungen bereits um 17 Uhr.

Verlauf der Sitzung

Vor Beginn der Sitzung trat der Altestenanschluß zusammen, um über die Redezeit zu beraten. Stadtvorordnetenvorsteher Kuchartz eröffnete dann die Sitzung und gab bekannt, daß den Rednern eine Redezeit von 20 Minuten, den Kommunisten von 25 Minuten zugestellt werden. Zur Klärstellung und Erwidering stehen den Rednern außerdem 5 Minuten Zeit zur Verfügung.

Oberbürgermeister Dr. Geisler

machte dann einige Ausführungen zu dem Verwaltungsbereich, der den Stadtvorordneten inzwischen zugegangen war.

Kunst und Wissenschaft Konzert des Meisterschen Gesangvereins in Katowitz

Der Meistersche Gesangverein hatte sein letztes Konzert in dieser Saison dem Gedächtnis des großen Meisters der Töne, Wolfgang Amadeus Mozart gewidmet. Mit Freude kann festgestellt werden, daß der Verein alle künstlerischen Verpflichtungen einer Mozart-Feierstunde restlos erfüllt hat. Die Gedächtnissfeier des Meisterschen Gesangvereins ist aber auch die Angelegenheit breiter Schichten der Bevölkerung gewesen; das bewies das gut besetzte Theater. Hier war also der entsprechend äußere Rahmen gegeben, den hinwiederum der konzertgebende Verein mit einem außerordentlich wertvollen musikalischen Gehalt erfüllte. Die Vortragssfolge nannte die G-Moll-Sinfonie und das "Requiem" von W. A. Mozart.

Der Dirigent, Professor Lührich, hatte sich mit großem Verständnis in den Geist Mozartscher Kunst hineingelebt. Das bewies bereits die Wiedergabe der G-Moll-Sinfonie. Lührichs Stabführung ließ das monumentale Werk in durchsichtiger Klarheit erklingen. Vermindert wurde vor allem jener arche Hebler, gerade diese Sinfonie ihres tragischen Hauptgedankens zu entflecken, dafür aber romantische und anmutige Motive herauszubauen und diese gar in den Vordergrund zu stellen, wozu z. B. schon manche Tempi und Themen verleiten mögen. Die trübe G-Moll-Stimmung beherrschte das ganze Werk wohlbetonbar und erreichte auch am Schlusse jene unerlöste Spannung, die aufzuhüllen erst der Cäcilia-Sinfonie vorbehalten geblieben ist.

Die Aufführung durch das Orchester des Oberschlesischen Landestheaters war zum größten Teil makellos und verdient im allgemeinen höchste Anerkennung. In gleicher Weise bewährte sich das Orchester beim nachfolgenden

Der Verwaltungsbereich für das Rechnungsjahr 1930/31 hat dieses Jahr als das bisher schwierste Krisen- und Notjahr bezeichnet. Allein für die Wohlfahrtserwerbslosen haben sich die Ausgaben gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt. Dabei ist dies nur eine einzige Ergebnisform des beispiellosen Wirtschaftsverfalls. Auch der unerhörte Zustand menschlicher Steuerkraft entspringt derselben Ursache. Bei der Aufstellung des Etats hatten wir mit einem 15prozentigen Verlust der Steuerkraft gerechnet, jetzt sind es aber, wie wir aus den Grundzahlen wissen, 50 Prozent. So geht es nicht weiter. Wir können unmöglich an den Ergebnisformen — auch die Arbeitslosigkeit ist nur eine solche — herumdoktern, während wir das Wirtschaftsproblem — das ist nämlich die Ursache — ungeloöst lassen. Die Gleiwitzer Stadtverwaltung hat nach Kräften alles getan, um die Leidenszeichen Leiden zu mildern. Die Stadt hat gegenwärtig rund 5 Millionen Mark weniger zu verarbeiten und zu tilgen, als es noch vor kurzer Zeit der Fall war. Rechnet man zu den auf diese Weise eingehaltenen 500 000 Mark, d. i. nämlich 10 Prozent von 5 Millionen Mark noch die eingeparten 200 000 Mark Verwaltungskosten hinzu, so könnte man meinen, daß die schwerste Krise überwunden worden sei. Da aber

bröckelt die an sich schon geschwächte Steuerkraft um nicht weniger als 50 Prozent ab, während gleichzeitig auf der anderen Seite die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen um mehr als 100 Prozent sich verdoppeln, und schon steht fest, daß nicht nur die errechnete Ersparnis von 700 000 Mark durch die steigenden Grundlagen der Wirtschaft verschlungen sind, sondern darüber hinaus der Stadtverwaltung

ein weiterer Verlust von fast 800 000 Mark

zugefügt ist, der noch größer wäre, wenn der Staat nicht in noch höherem Maße die Stützungsfunktion für notleidende Kommunen fortsetzen würde.

Das Wirtschaftsproblem ist im Gegensatz zu der Lage anderer deutscher Landesteile für Oberschlesien gleichbedeutend mit der

Frachtenfrage,

die ihrerseits wiederum der Kernpunkt des seit längster Zeit auf unserem Grenzgebiet lastenden Transportproblems ist. Eine katastrophale Zuspizung hat diese Entwicklung durch die Teilung Oberschlesiens erhöht. Der Bau des Mittellandkanals beschleunigt diese Krise.

Nachdem Oberschlesien geteilt war, mußte der Kanalbau als die rettende Lösung gelten. Daneben trat später dann auch der Plan der Schleppbahnen für den Transport von Kohle und Sand. Dr.-Ing. Matz und Oberregierungsrat Radatz ließen nachzuweisen, daß die Schleppbahn der billigste Transportweg sei. Wie steht es aber mit der Finanzierung? Es würde der erste Fall in der deutschen und preußischen Geheimgesc

hichte sein, wo eine Privatbahn eine mehrere Zehnmillionen Mark umfassende Beihilfe erhalten müßte, während auf der anderen Seite die sehr erheblichen Mittel des deutschen Reichstags für den Wasserstraßenbau zugunsten Oberschlesiens nicht ausgenutzt werden. Wie lange wird dieser erste Fall auf die Entscheidung warten müssen?

Dann kommt eine dritte Frage: Wer trägt den Verlusten, der durch die Anlage des Sam-

melbahnhofs der Schleppbahn auf dem Gelände bei Ludwigsglück entsteht? (Durch eine Bahn entstehen niemals Bergschäden! Ann. d. Red.) Selbst wenn ernstlich davon gegangen würde, diese Fragen zu klären, könnte vor 20 Jahren ein abschließendes Ergebnis nicht vorliegen und bis dahin der Bau der Bahn nicht in Angriff genommen werden. Hierbei ist noch nicht einmal erörtert, ob die Bahn den erhofften Erfolg bringen wird. Mit einem Male stehen wir aber vor einer furchtbaren Gefahr. Der

zuungunsten des Ostens verschoben. Leider ist in dem Versprechen die

Abwehr der englischen Kohle,

jedwede sie den östlichen Frachtraum beansprucht, nicht mitbegreifen. Die Engländer kommen eben auf dem billigeren Wasserwege nach Berlin und sind deshalb billiger als Oberschlesien, obwohl doch London erheblich weiter entfernt ist von Berlin als Beuthen. Die englische Kohle könnten wir also in jedem Falle nur bekämpfen, wenn wir auch von Oberschlesien einen unmittelbaren Wasserweg nach Berlin hätten. Die ver-

prophete Frachtparität bezieht sich aber nur auf den Wettbewerb zwischen dem deutschen Osten und dem deutschen Westen. Ganz abgesehen davon, daß ermäßigte Eisenbahnfrachten keine Dauerlösung darstellen, müssen wir uns fragen, ob denn die Reichsbahn für sämtliche Transportgüter hin und zurück durch entsprechende Frachtermäßigung die alte Schnittlinie aufrecht erhalten kann und will. Es ist ausgeschlossen, daß Oberschlesien nur mit einer teilweisen Einlösung des Vertrages sich zufrieden geben kann. Diese Gefahr ist aber gegeben. Denn der Reichsverkehrsminister von Guérard

hat mir persönlich erklärt, daß, wenn die Schleppbahn für Kohle und Sand durchgeführt ist, weitere Frachtparität für Oberschlesien nicht mehr gewährt werden könnte. (Das ist zweifellos eine mißverstandene Neuersetzung des Ministers. Ann. d. Red.) Demgegenüber müssen wir aber verlangen, daß für die gesamte Wirtschaft, also für sämtliche Transportgüter, die bisherige Frachtpflichtlinie auch nach der Fertigstellung des Mittellandkanals aufrecht erhalten wird. So viele und so vielseitige Ausnahmetarife, wie hierzu erforderlich wären, kann die Reichsbahn nicht einräumen, und deshalb bleiben unsere Forderungen bezüglich der vollen Einlösung des Paritätsvertrages auch dann noch weiter bestehen, wenn der Verfrachter weitverschiedene Tarife annehmen wird.

Es ist auch unrichtig, zu fragen: Wie kommen wir auf den Wasserweg, an das neue Hafenbecken, ohne erst die Reichsbahn in Anspruch zu nehmen? Wo doch die jetzige Grubenbahn, die den Sondertransport von Niedersachsen befördert, bereits ohne Konkurrenznahme der Reichsbahn aus dem Zentralrevier an die Elbmündung führt, ein Weg, der mit einer gewissen Verkürzung etwa der gleiche sein wird, der zum neuen Hafenbecken führt. Anders liegt die Sache, wenn der Verfrachter weitverschiedene Transportunternehmen in Anspruch nimmt, nämlich unter den Voraussetzung verbilligter Zulauffrachten die Reichsbahn bis Cöln, und von da ab bis zum Bestimmungsort die Reichswasserstraße. Ich glaube, keine Indiziation zu begehen, wenn ich verrate, daß die Reichsbahn nur dann

verbilligte Frachten

gewähren will, wenn ihre Bahn bis zum Bestimmungsort benutzt wird. Sie lehnt es ab, billige Zulauffrachten zu geben, die nur den Erfolg haben, daß die Transportgüter dann auf einem anderen Transportunternehmer übergehen. (Das ist der Fall beim Kanal, wo die Güter erst bis zum Endpunkt des Kanals auf der Deutschen Reichsbahn befördert werden müssen. Ann. d. Red.) Abgesehen hiervon ist aber auch dieses kombinierte System etwas Gebürtiges und Unpraktisches, was sich niemals bewähren wird.

Es bleiben also nur übrig die Verbilligung der Reichsbahnfrachten (ohne kombiniertes System) und der Kanalbau. Entweder durch das eine oder das andere Mittel soll die feierliche Versprechendes der Reichsregierung bezüglich der Frachtparität eingelöst werden. Danach soll sich die Schnittlinie des jetzigen Ost- und Westfrachtraumes durch den Bau des Mittellandkanals nicht

* Die Stellung der oberschlesischen Industrie zu der Kanal- bzw. Schleppbahnfrage geht unseres Wissens dahin, daß es der Industrie an sich gleichgültig ist, was schließlich gebaut wird. Die Berechnungen haben ergeben, daß sich die Schleppbahn gegenüber dem Kanalbau als das billigste Transportmittel darstellt. Welches Transportmittel zuerst und am vorteilhaftesten zu haben ist, für das wird sich die oberschlesische Wirtschaft einsehen; und nach dem heutigen Stand der Dinge ist das eben die Schleppbahn.

D. Red.

Stadt. Brzezinka (Bzr.)

eröffnete die allgemeine Aussprache. Er führte aus, daß jedes Ausgabengebiet im Etat seinen Niederschlag finde. Wenn sich das Rechnungsjahr 1931 als schweres Notjahr ankündige, so male sich das Bild von den Finanzen grau in grau. Der Etat sei kein Etat im früheren Sinne und im Sinne des Wortes. Es sei

in der Theresienstraße das Haus trägt heute die Nummer 23). Sein Vater ist der bekannte Landschaftsmaler, und auch seine beiden Großväter waren Männer. Von ihnen hat er das feine Auge für alles Sichtbare in der Natur geerbt. Nicht minder sein und tiefer war sein Empfinden für das Unsichtbare. Als Morgenstern starb, so man in ihm in der Hauptrolle den Dichter der phantastisch-grotesken "Galgenlieder". Heute ist Morgenstern für viele, vor allem ein religiöser Führer. Der Gedichtband "Wir sind einen Pfad" und der Aphorismenband "Stufen", beide erst nach dem Tode des Dichters erschienen, haben weitestgehend Verbreitung gefunden. So sehen wir heute auch nicht mehr in Morgenstern den Verfasser einzelner, schöner Gedichte. Gerade die "Stufen", die es ermöglichen, den Sucher Morgenstern durch alle Phasen seiner Entwicklung zu begleiten, haben uns zugleich den neuen Blickpunkt für den Lyriker gewonnen. Wir sehen heute die sieben Lyrikände als großen geschlossenen Zug. Ein einheitliches Ganze lebt und entfaltet sich von dem jugendlich übermütigen Erstling "In Phantas Schloss" an bis zu dem Gedichten und doch ganz lebensbejahenden Band "Wir fanden einen Pfad". Aus dem Maßstab erischen noch die "Epigramme und Sprüche", die Grotesken und Parodien der "Schallmühle" und der Gedichtband "Mensch Wanderer". Dieser leichte Titel ist symbolisch für Morgensterns Leben und Werk. Dieses unermüdliche, ergriffende Unterwegs ist es, was Christian Morgensterns Werk inmitten von Krieg und Unfrieden und Zerfall dauernd und als ein das neue Leben mit aufbauendes Element heute leuchtender und lebendiger als je erscheinen läßt.

Tagung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft hält ihre 20. öffentliche Hauptversammlung am 1. Juni im Harrach-Haus zu Berlin-Dahlem ab. Nach dem Jahresbericht des Präsidenten, Geheimrats Professor Max Planck, werden folgende Vorträge von wissenschaftlichen Mitgliedern der Institute der Ge-

sellschaft gehalten: Prof. Otto Meissner vom Institut für Chemie über Wechselbeziehungen zwischen Materie und Energie, Prof. Erich Kaufmann vom Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht zur Problematik des Volkswillens, Prof. Felix Bloch von der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München: Die theoretische Begründung der Wassermannschen Reaktion. Am darauffolgenden Tage werden in Berlin-Buch die Neubauten des Instituts für Hirnforschung, das unter der Leitung von Prof. Oskar Vogt so erfolgreich arbeitet, eingeweiht.

Gutenberg-Festwoche in Mainz. Die seit Jahren geplante Gutenberg-Festwoche in Mainz soll in diesem Jahre zum ersten Male stattfinden, und zwar vom 20. bis 25. Juni. Zu gleicher Zeit tagt auch die Internationale Gutenberg-Gesellschaft in Mainz. Professor Polk, der Rektor der Universität in Mainz, wird den Festvortrag halten. Die Gutenberg-Festwoche soll als eine ständige Einrichtung in Mainz jedes Jahr wiederholt werden.

Generalmusikdirektor Pollak zurückgetreten. Der Generalmusikdirektor des Hamburger Stadttheaters, Egon Pollak, ist mit Rücksicht auf seine amerikanischen Verpflichtungen zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde, angeblich auf eine Empfehlung von Karl Muck, der Generalmusikdirektor der Darmstädter Oper, Dr. Böhm, berufen.

Der Nachfolger des Plauener Intendanten Dr. Roenneke. Der Rat der Stadt Plauen hat den im 45. Lebensjahr stehenden Leiter des Bamberger Stadttheaters, Hans Jäger, zum Intendanten des Plauener Stadttheaters als Nachfolger des am 31. Juli scheidenden Intendanten Dr. Roenneke gewählt. Die Zusage des Gewählten ist bisher noch nicht erfolgt. Er ist noch durch Vertrag in Bamberg gebunden und kann den Posten in Plauen erst antreten, sobald sein Bamberger Vertrag gelöst ist, was erst im Laufe dieser Woche erfolgen kann.

Josef Biniasch lebt noch

Multiflügel, 5. Mai.

An Ostern war in Oberschlesien das Gerücht verbreitet, daß der Gewürzhändler Josef Biniasch aus Multiflügel beim verbotenen Grenzübertritt erschossen worden sei. Die "Ostdeutsche Morgenpost" hat dieses Gerücht verzeichnet, und Biniasch hat seitdem für tot gegolten, bis er jetzt in die Redaktion der "Morgenpost" eingehen, um durch sein persönliches Vorhandensein den Nachweis zu erbringen, daß er noch am Leben ist. Die Gerüchte, daß Biniasch mit den polnischen Behörden in engeren Beziehungen stand und ihnen die Schmuggler verraten haben soll, treffen nicht zu.

eine Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben ohne Ausgleich.

Wenn behördliche Stellen immer auf die Selbsthilfe hinweisen, dann könne dies nur darin bestehen, daß alle Ausgaben eingeschränkt werden. Eine solche Verwaltung könne die Katastrophe nur aufhalten. Nur Reich und Staat könnten helfend wirken. Hoffentlich werde es geschehen. Die Kernfrage im Etat sei die Wohlfahrt. Es sei noch nicht vorauszusehen, was aus dem Antrag werden würde, der dem Reichstag vorliege und vorsehe, daß die Wohlfahrtslasten zur Hälfte vom Reich und zu je einem Viertel von Ländern und Gemeinden getragen werden sollen. Die Sparsamkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrt dürfe nicht zur Vereitelung führen. Die behördlichen Maßnahmen würden nie ausreichen. Darum müsse die private Hilfe eintreten. Der Magistrat möge auch in der gegenwärtigen Zeit trotz aller Notwendigkeit der Sparsamkeit soziales Empfinden beweisen. Auch der Schulentat sei außerst sparsam aufgestellt.

In Gleiwitz seien 55 Schüler, bei Berücksichtigung der Planstellen, in der Klasse.

Die Ausgaben für die Volksschulen seien gesenkt worden. Bei den anderen Schulen sei dies nicht in wesentlichem Maße möglich gewesen. Die Erspartnis bringt eine Mehrbelastung, denn freiwerdende Stellen mühten sofort wieder besetzt werden. Das Berufsschulwesen dürfe nicht überschulen und verschulden und die Ausbildung auf Arbeitsgebiete ausdehnen, die eigentlich Aufgaben des Lehrherrn sind. Das Stadtbauamt habe im letzten Jahrzehnt große Aufgaben zu erfüllen gehabt und auch erfüllt. Bei vermindernden Aufgabenträgen müsse eine Umstellung und Einschränkung erfolgen. Die Verwaltungsreform sei im ersten Abschnitt abgeschlossen. Wenn die Zentrumsfraktion auch gewünscht hätte, daß sie aus anderem Grunde eingeleitet und von einem Gleiwitzer Beamten durchgeführt worden sei, so begründe sie es doch, daß sie begonnen worden sei. Vieles sei noch nachzuholen. Wesentliche Aufgabe sei es für die Stadt, sich einen willigen, arbeitsrohen Beamtenapparat zu erhalten. Der einzelne habe das Beste zu leisten, dürfe aber nicht ausgebeutet werden. Die Verhandlungen über die Beamtenbefördlung seien vom Magistrat aus zu führen. Die

Einschränkung unberechtigten Doppelverdienstes

sei zu fordern. Gegebene Genehmigungen seien zurückzuziehen. Zu erörtern wären noch Schuldendienst, städtische Betriebe und andere Fragen, die bis zur Einzelberatung zurückgestellt würden. Die Steuerberatung dürfte darum schwierig werden, weil in solchen Zeiten der Not die Abwälzung der Steuern besonders schwer sei. Ein Ausgleich des Etats sei nicht möglich, es werde ein Fehlbetrag bleiben, der offen gezeigt werden sollte. Der Appell zur Sparsamkeit brauche nicht erhoben zu werden, denn es sei selbstverständlich. Alle Repräsentation müsse fortfallen. Dem Magistrat sei zuzurufen, er solle seine

Aufträge an ortsfeste Gewerbetreibende

vergeben, aber auch der Bewölkung müsse man aufsehen: Kauf am Orte. Viel Wünsche wären noch zu äußern, aber sie seien — besonders Verleihwünsche — unerfüllbar und mühten zu ridgegestellt werden.

Stadt. Mattner (Mieter)

hob hervor, daß die gegenwärtige Lage von den allgemeinen Verhältnissen ihren Ausgang habe. Das Institut für Konjunkturforschung habe festgestellt, daß seit der Inflationszeit in Deutschland wieder 20 Milliarden Mark Kapital gebildet worden sei. Hieraus seien steuerliche Schüsse zu ziehen. Die Verwaltungsreform sei nur eine Büroreform, eine Umbesetzung der

Stellen gemeint. Wenn man von einem Abbau spreche, dann habe er unten eingesetzt, während man oben abgebaut habe. Die Verbindung zwischen gut qualifizierten Arbeitskräften und Personalbedarf sei nicht so, daß man genau wisse, wo man bestimmte Beamte hinzustellen habe. Bezüglich der Doppelverdiener müsse doch darauf hingewiesen werden, daß nicht nur Beamte doppelt verdiensten. Die Schuldenentlastung sei nicht so zu betrachten, wie sie der Oberbürgermeister hinstelle, denn es handle sich nicht durchweg um zu tisende und verzinsende Gelder. Die Finanzwirtschaft sei in den letzten Jahren sehr angreifbar gewesen. Wenn in dem Etat Klarheit und Wahrheit geucht werden, so seien diese nicht zu finden, denn es stehe im Etat nicht, welche

Zuschüsse zu städtischen Betrieben

geleistet werden. Auch hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben müsse Klarheit verlangt werden. Ferner sei auch zwischen Magistrat und Stadtparlament nicht immer alles in Ordnung gewesen. Oft habe das Stadtparlament nur zu einer bereits gemachten Ausgabe seine Zustimmung zu erteilen gehabt.

Der Abbau dürfe nicht zu einer Überlastung der Beamten führen.

Die Verbrauchssteuern bedeuten eine Belastung der Massen, die nicht tragbar sei. Die Schäden aus der Belastungszeit und von der Grenzziehung seien durch Reich und Staat zu befeitigen.

Stadt. Reinte (Nat.)

Führte aus:

Trotz Einsparungen auf fast allen Gebieten der Verwaltung, trotz Einsparung durch den Prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau schließe der Haushaltplan 1931/32 mit einem großen Fehlbetrag ab. Der Fehlbetrag sei hauptsächlich durch die Steigerung des Wohlfahrtsstaats entstanden, dessen Höhe durch Gesetz bzw. durch die wirtschaftliche Lage bedingt sei, besonders aber durch die Art der heutigen Verteilung der öffentlichen Lasten auf Reich, Länder und Gemeinden.

Allen Vorstellungen der Gemeinden, besonders auch des Deutschen Städtebundes zum Trotz, habe die Regierung in Berlin bislang dem Grundsatz gehuldigt, den Gemeinden die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nehmen, um sich damit selbst zu sanieren. Der Deutsche Städtebund habe unlängst in Dresden scharf dagegen protestiert, daß die Reichs- und Staats-Gesetzgebung durch die jetzige Regelung des Finanzausgleiches und durch die ständig steigenden Zahlen der ausgesteuerten Erwerbslosen, die von den kommunalen Wohlfahrtsämtern betreut werden, eine geordnete Finanzierung der Selbstverwaltung einsach unmöglich mache. An die Stelle des Willens der städtischen Organe seke die Regierung, wenn jene nicht variieren, den Staatskommissar. Die Selbstverwaltung sei bis auf ein Bruchteil abgebaut, von freien Entscheidungen der Gemeinden könne man nicht mehr sprechen.

Nun verlange der Magistrat zwangsläufig zur Deckung des Fehlbetrags im neuen Haushaltplan eine Verdopplung oder gar Vervierfachung der Bürgersteuer. Diese verkehrte Belastung des geschwächten Wirtschaftskörpers schaffe die deutlich nationale Fraktion ab, da jede Mehrbelastung ei-

weitere Erschwerung der Wirtschaftslage

zur Folge habe und damit eine vermehrte Arbeitslosigkeit, schließlich auch dieserhalb, weil eine wirksame Gegenwehr gegen das Finanzabwälzen der obersten Stellen nur dann für aussichtsreich gehalten werde, wenn die Gemeindevertreter ablehnen, die ihnen zugewiesenen Rollen weiter zu spielen.

Eine etwaige Androhung von Zwangssetzat könnte die Stellungnahme der deutschnationalen Fraktion nicht beeinträchtigen. Beschlüsse einer Stadtverordnetenversammlung, die nicht aus Überzeugung ihrer Richtigkeit, sondern aus Angst vor dem Zwangssetzat gefasst werden, bedeuten in Wirklichkeit den verdeckten Zwangssetzat, also Schlimmeres als den offenen.

In der Innenvorwaltung habe ein dauernder Wechsel der Personal-Dezernenten stattgefunden, und somit habe die gesamte Personalpolitik darunter gelitten. Denn sonst könnte es nicht kommen, daß die Bevölkerungsordnung 3 Jahre brauche, um zum Abschluß zu kommen. Die Gönflingswirtschaft, von der man sprechen müsse, müsse endlich anhören.

Zu den wirtschaftlichen Unternehmungen sei zu sagen, daß weder die Allgemeinheit noch die Stadt irgendwelchen Nutzen gehabt habe, sondern die steuerzahrenden Bürger seien dadurch geschädigt worden. Nun habe es sich herangestellt, daß

alle Betriebe, außer Gas und Wasser, nur Zuschußbetriebe

seien. Ein derartiges Verfahren bringe selbst in einen geordneten Haushalt Unordnung. Der Magistrat solle sich mit aller Energie dafür einzusetzen, diese Zuschußbetriebe entweiter rentabel zu gestalten oder abzutöpfen, sich dafür aber in sein ureigenes Gebiet, die Verwaltung, zu vertiefen.

Für die kommunistische Fraktion entwidmete Stadt. Lellek ein hochpolitisches Programm und kritisierte dann den Etat, den Verwaltungsbericht, die städtische Verwaltung und die Einzelausgaben. Besonders bemängelte er die herabgesetzten Ausgaben in einigen Positionen des Wohlfahrtsstaats.

Stadt. Dziedziol (Wirtschaftsvereinigung)

stellte fest, daß von den Vorrednern die Wirtschaft in den Vordergrund gerückt worden sei. Er habe vor Jahren schon verlangt, daß die Stadt an die Regierung herangehe und nicht die Wirtschaft durch so außerordentlich hohe Steuerbelastungen vernichte. Handel und Gewerbe haben ebenso großes Interesse an dem Wasserweg wie die Industrie, und sie würden diese Forderung unterstützen. Die Wirtschaftsvereinigung habe es vorher gefragt, daß sich bei den hohen Steuern eine Verminderung der Steuererlaubnis zeigen werde. Dies sei auch eingetreten. Die Steuerpolitik der Stadt sei nicht richtig gewesen. Es müsse anerkannt werden, daß der Etat mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt worden sei. Mehr könne nicht eingeschränkt werden, vor allem nicht in den Wohlfahrtsausgaben. Handel und Wirtschaft müsse durch Vergabe städtischer Aufträge am Ort, ferner durch Zinsenkung geholfen werden. Die zu hohen Gehälter der Magistratsbeamten seien zu senken und wenigstens ungefähr denen der Staatsbeamten anzupassen. Die Wirtschaftsvereinigung werde bei der Steuerberatung den Antrag stellen, die Steuern zu senken. Stadt. Dziedziol wandte sich zum Schluss gegen Gerüchte, die über Finanzfragen um Haus Oberschlesien angekündigt worden waren.

Stadt. Dr. Herrnstadt (Soz.)

nahm zur Bürgersteuer Stellung und erklärte, daß diese Steuer ähnlich wie die Steuer der Weltkriegszeit, ein Zuschlag zur Einkommensteuer sei. Die bisherige Staffel sei keineswegs sehr brauchbar. Eine Verbesserung der Steuer werde gar nicht durchführbar sein. Hinsichtlich der Betriebe sei von der Ziegelei nicht viel zu erwarten. Gut Garde aber müsse anders bewirtschaftet werden. Der Autobusbetrieb habe ein Defizit von etwa 150 000 Mark zu verzeichnen. Gewiß sei die Wirtschaftslage viel daran schuld, aber man müsse doch einmal unter suchen, welche organisatorischen Maßnahmen und verkehrstechnischen Fragen eine Rolle spielen. Es müsse immer wieder in geeigneter Form durch die geeignete Leitung der Stadt an die Regierung herangetreten werden. Der Staat habe auch die Pflicht, für einen Landesteil zu sorgen, der drei Jahre länger Krieg geführt habe als das Reich. Es komme nur darauf an, wie man es anfange, um hier zu Sonderzuweisungen zu kommen.

Stadt. Dr. Herrnstadt richtete dann Angriffe gegen Bürgermeister Dr. Goldi und warf ihm Mangel an Vorsicht in eigenen und städtischen Angelegenheiten und bei der Vorbereitung zur Abstimmung vor. Der Bürgermeister habe an der Spitze einer Gruppe gestanden, die den Reichskanzler verachtet und seinen Besuch in Gleiwitz verhindert habe. Oberbürgermeister Dr. Geissler habe zur Richtigstellung an, daß Bürgermeister Dr. Goldi das Arbeitsgebiet für Haushaltsteuer und ähnliche Steuern nie verwaltet habe. Bei der Übernahme des Personalabdrucks habe er daran hingewiesen, daß es ihm unmöglich sei, gleichzeitig auch die Anliegerbeiträge zu erledigen.

Stadt. Director Waldschmidt (Deutsche Volkspartei) führte aus, er habe sich über den Optimismus gefreut, mit dem der Oberbürgermeister das Kanalprojekt behandelt habe. Anlässlich des Besuches des Reichslandes habe Landtagsabgeordneter Romak gefragt, es sei gleich was geschehe, aber es müsse etwas geschehen, um die hohe Vorfracht zu senken. Die Regulierung der Kłodnitz zwischen Gleiwitz und Sosnowitz sei für Jahre hinan nicht durchführbar, weil zuerst das Staubedien in Sosnowo fertiggestellt werden müsse. Er habe sich gefreut, daß der Staat in diesem Jahr wesentlich über sichlicher geworden sei als im letzten Jahre. Der Stand der Fonds belaste sich auf 1,6 Millionen Mark. Es entstehe die Frage, wie weit sie zur Deckung des Fehlbetrages verwendet werden können. Dies werde aber kaum der Fall sein, denn die Fonds sollen bereits verpfändet sein. Grundstücke dürfen die Stadt nicht mehr tätigen, soweit es sich um Vorfräulein handelt. Der Schuldendienst müsse herabgesetzt werden, ferner müsse mit Gut Garde und Haus Oberschlesien etwas geschehen. Die Ausgabe für Haus Oberschlesien betrage 300 000 Mark, die Einnahme einigentlich der Mieten aus dem Bürobau 50 000 Mark. Aehnlich sei es bei dem Kinderheim Rachow. Man müsse ver suchen, solche Objekte, wenn auch mit Verlust, abzustocken. Bei den städtischen Betriebswerken sei keine Verzinsung des Anlagekapitals vorgesehen, es seien keine Reserven vorhanden und die Werke brauchen sogar 400 000 Mark als Betriebsmittel. Im Bauamt müßten die Büros zusammengelegt werden. Über die Ziegelerie schreibe der Oberbürgermeister in seinem Verwaltungsbericht, daß sie nicht rentabel betrieben werden könne. Es müsse gefragt werden, warum die Ziegelerie so luxuriös ausgebaut worden sei.

Stadt. Dr. Hirschke (Deutschnational) trat dann dem Stadtverordneten Herrnstadt (Sozialdemokrat) entgegen und bemerkte, daß die Angriffe gegen Bürgermeister Dr. Goldi von Seiten der Sozialdemokraten nicht neu seien. Der Grund dafür liege nahe. Wenn die Stelle von Dr. Goldi frei werde, dann sei die SPD. die Meistbegünstigte. Bürgermeister Dr. Goldi sei gegenwärtig nicht in der Lage, zu erwidern. Nebenbei gehörten diese Dinge nicht vor das Stadtparlament. Für die Kündigung des schon in der vorigen Sitzung behandelten Reichskredits sei Dr. Goldi nicht verantwortlich.

Die Aussprache war damit abgeschlossen, und die Versammlung begann die Beratung der Einzellets. Stadt. Mattner (Mieter) berichtete über den Polizeiat. Die staatliche Polizei verlangt einen Zuschuß von 275 000 Mark, die Kommunalpolizei 163 000 Mark, die Baupolizei 155 000 Mark. Diese Etats wurden ohne Aussprache angenommen. Über die Bauverwaltung berichtete Stadt. Koban (Bz.). Die Hochbauverwaltung erfordert einen Zuschuß von 121 000 Mark, für die Stadt erweitert werden 28 000 Mark Zuschuß notwendig. Auf eine gestellte Frage teilte Stadt-

Einschränkung der Verbrauchsbelebung in Ross

In der Werksbesitzerversammlung des Oberelsischen Stein Kohlen-Syndikats vom 5. Mai wurde eine weitere Einschränkung der Verkaufsbelebung in Ross beschlossen, und zwar beträgt die Einschränkung ab 1. Mai 1931 70 Prozent, sodass also nur 30 Prozent der Belebung zulässig sind, um den Markt gebracht werden dürfen. Bisher betrug die Einschränkung 60 Prozent. Die Halde beständen haben sich trotz dieser außerordentlich starken Beschränkung der Erzeugung bis Ende April auf 523 000 Tonnen erhöht.

baurat Schabik mit, daß die Abteilung für Siedlungswesen vollständig auflöste worden sei, daß aber die Städtebauleitung noch viel zu tun habe. Sie darf nicht zu sehr eingeschränkt werden. Vor allem liege die Notwendigkeit vor, den Plan des Bahnbaues Gleiwitz — Ratibor zu bearbeiten, den auch der Landesplanungsverband in Bearbeitung habe. Der Etat des Städtebauleiters wurde zurückgestellt. Dagegen aber der Etat der Städtevermessung mit 111 000 Mark Zuschuß genehmigt.

Sonthon

* Goldene Hochzeit. Am 7. Mai feiert der Tapeziermeister Paul Anders mit seiner Frau, Tarnowitzer Straße 2, das Fest der Goldenen Hochzeit. Aus diesem Anlaß findet am genannten Tage um 8 Uhr eine heilige Messe in der St.-Maria-Kirche statt.

* Ernennung. Der oberelsische Komponist Georg Kluk wurde vom Oberpräsidenten zum fünfjährigen Sachverständigen in Dingens der Gemeinnützigkeit bei Konzertveranstaltungen für den Kreis Beuthen ernannt.

* Statutarberatungen der Evangelischen Kirche. In einer geschlossenen Versammlung von Mitgliedern der Evangelischen Kirche Beuthen setzte Superintendent Schmida die Einzelheiten des Kirchenrats auseinander und wies darauf hin, daß dieser Haushalt nach den Grundsätzen der strengsten Sparsamkeit aufgestellt sei. Ein erheblicher Teil des Gemeinkommens muß als Synodalabgabe an die Union abgeliefert werden, so daß nach Ansicht des Kirchenrats nur sehr geringe Aussicht besteht, die Kirchensteuer in Beuthen um einen kleinen Prozentsatz herabmindern zu können.

* Vom Landwehrverein. Unter Leitung von Obergerichtsvollzieher Burke fand am Montag in der "Kaiserkrone" ein Kameradschaftsabend statt, den der Vorsitzende mit einer vaterländischen Ansprache eröffnete. Es wurden zunächst einige innere Vereinsangelegenheiten erledigt. Zur Vertretung des Vereins bei der im Juni stattfindenden Vertretertagung des Kreis-Kriegerverbands fand der Vorsitzende, der Schriftführer und Kassenführer bestimmt werden. Der Verein wird am 23. August am Fahnenwihfest des Kriegervereins Städte-Dombrowa teilnehmen. Zur Teilnahme an der Annahmegefeier haben sich mehrere Mitglieder gemeldet. Drei neue Mitglieder wurden auf die Vereinszählung verpflichtet. Ein Kamerad überreichte dem Vorsitzenden ein zierliches Bestatt mit einem Hammer zum Gebrauch bei Fahnenmagazinen, besonders bei der bevorstehenden Nagelung der neuen Vereinsfahne anlässlich der 50-jährigen Jubelfeier. Das anschließende Kameradschaftliche Beisammensein nahm einen harmonischen Verlauf.

* Skibund. Am Mittwoch um 18 Uhr findet der öffliche Leichtathletik-Kurs auf dem Sportplatz an der Promenade statt.

* Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Am heutigen Mittwoch findet abends 8 Uhr eine öffentliche Versammlung im Konzerthaus statt, bei der Pg. Franke, Hirschberg, sprechen wird.

* Verein katholischer deutscher Lehrerinnen. Die technischen Lehrerinnen kommen am Mittwoch, dem 6. Mai, abends 6 Uhr, im Schülloster zum Turnen zusammen.

* Frauengruppe des ADK. Donnerstag, den 7. 5. Ausflug nach Röslitz. Abfahrt um 14.30 Uhr vom Ring.

* Jugendgruppe ADK. Mittwoch, 20 Uhr, Baselabend im Jugendheim. Gleichzeitig Probe der Spielgruppen Restel und Gavron.

* ADK. Der Verein hält am Donnerstag, pünktlich 20.30 Uhr, im Sitzungszimmer bei Zusatz, Kaiser-Franz-Joseph-Platz, seine Geschäftssitzung ab. Vorher findet um 20 Uhr eine Besprechung der Kolonialwarenhändler über die Regelung des Konzessionswesens für den Kolonialwarenhandel statt.

* Frauenbund des Vereins ehem. Zehner. Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, Handarbeitsklasse bei Olla, Gerichtstraße.

* Eisenbahn-Frauenverein. Donnerstag, den 7. Mai, 15.30 Uhr, im Sitzungszimmer des Konzerthauses. Mitgliederversammlung. Anschließend Liederabendvortrag über deutsche Konferenzen und deutsche Nahrung.

* Pensionärverein. Donnerstag, 16 Uhr, Monatsversammlung im Restaurant Kaiserkrone.

* Städtisches Orchester. Heute, Mittwoch, findet wie üblich ab 16 Uhr ein Gartenkonzert statt. Um 20.15 Uhr veranstaltet das Orchester im Konzerthaus das erste Gartenkonzert.

Miechowiz

* 70. Geburtstag. Am 8. Mai feiert Oskar Thom, Gutsvorsteher i. R., seinen 70. Geburtstag.

* Männer-Turn-Verein. Donnerstag, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Magiera.

* Wetteraussichten für Mittwoch. Überall beständiges, trockenes Wetter; noch etwas Gewitter.

Hilferuf im Kreistag Tost-Gleiwitz

Gstaatshilfe wird gefordert — Kreissteuern gegenüber dem Vorjahr unverändert
Steuerbeschlüsse und Wahlen

(Eigener Bericht)

Der Landkreis wurde benachteiligt

Gleiwitz, 5. Mai.

Zahlreiche Städte und Landkreise Oberschlesiens haben bereits staatliche Zuwendungen erhalten, nur der Landkreis Tost-Gleiwitz ist bisher leer ausgegangen. Er hat nichts bekommen, obwohl er die gleichen Begründungen für die Staatshilfe anführen könnte — und auch angeführt hat — wie die anderen Städte und Kreise. In mancher Hinsicht übertroff die Notlage des Landkreises Tost-Gleiwitz diejenige anderer Kreise nicht unbeträchtlich. Vor allem sind die Teilschäden von schwerer Nachwirkung gewesen, und außerdem ist der Landkreis Tost-Gleiwitz derjenige, der bei den Naturkatastrophen der vergangenen Jahre außerordentlich schwer getroffen hat. Jetzt sind hier Hilfsmitteln eingesetzt worden, aber der Kreis musste sich auch an dieser Aktion beteiligen. Dies war Voraussetzung für die den Geschädigten gegebenen Gelder, und so wurde der Landkreis dadurch finanziell erheblich in Anspruch genommen.

Staatliche Zuwendungen hat also der Kreis noch nicht erhalten. Alle dahingehenden Anträge blieben wirkungslos, und es wurde verlangt, daß noch Kredite bei der Kreisspar- und Girofasse in Anspruch genommen werden. Der Kreis wird damit für sein bisherige vorsichtige Finanzarbeit bestraft, denn hätte er die Kredite bei seiner Sparfasse stärker in Anspruch genommen und weniger vorsam gewirtschaftet, dann hätte der Staat längst helfen müssen. Es muß anerkannt werden, daß der Kreis Mittel für Ausgaben verlangt, die auf Grund der politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung nicht zu umgehen waren und die nicht im Mächtbereich der Kreisverwaltung lagen. Umso dringender richtete der Kreistag seinen Appell an die Regierungsstellen. Hoffentlich hat er diesmal Erfolg. Es dürfte wohl damit zu rechnen sein, nachdem die Staatsmittel in zahlreichen Städten und Kreisen schon eingegangen sind. Die Bürgersteuer bringt nur 23 000 Mark ein. Sie verändert das Bild des Etats nur sehr geringfügig. Uebrigens war der Kreishausbau bis vor zwei Jahren gestoppt und brachte 1928 noch einen Überschuss von 250 000 Mark!

Die Etatberatungen nahmen einige Zeit in Anspruch, da die Kommunisten sehr viel Anträge hielten. Die stellenweise auftretende Schärfe wurde streng zurückgewiesen. Sehr bedenklich war es, daß der Kreisausschuß vom Kreistag eine Rechtsmägdermächtigung verlangte, um gegebenenfalls Ausgaben von sich aus fürzunehmen, wenn es etwa die Regierung als Bedingung für Zuflüsse verlangt. Diese Ermächtigung wurde intern erteilt unter dem Vorbehalt, daß alsdann sofort der Kreistag einberufen wird.

Verlauf der Sitzung

Landrat Harbig eröffnete den Kreistag mit einer Begrüßung der Kreistagsmitglieder und stellte dann die Beschränktheit des Hauses und die ordnungsgemäßige Einladung der Abgeordneten fest. Hierauf berichtete Abg. Gorazowski (Perr.) über die Prüfung der Kreis-Kommunalaffaurenrechnung, die Wehrausgaben im Betrage von 181 564,78 Mark zu verzeichnen hat. Die Hauptverwaltung hatte rund 2 710 000 Mark Einnahmen und 2 668 500 Mark Ausgaben, die Chausseeverwaltung 196 781 Mark Einnahmen und 419 834 Mark Ausgaben zu verzeichnen. Die ordnungsgemäßige Haushaltserledigung wurde bestätigt, die Entlastung einstimmig erteilt.

Landrat Harbig

Wies dann auf jeden Abgeordneten vorliegenden Verwaltungsbericht über das vergangene Geschäftsjahr hin.

Zur Erörterung gelangten dann kommunistische Anträge, die in der vorigen Sitzung bereits vorlagen. Mit Rücksicht darauf, daß die Anträge, vor allem derjenige, der eine Senkung der Gehälter der Kreisbeamten verlangt, den bestehenden Gelegenheiten widersaßen, wurden die Anträge abgelehnt. Soweit sie eine besondere Unterstüzung alsfaßt für die Bedürftigen befragen, wurde unter Hinweis auf die Finanzverhältnisse des Kreises auf die Unmöglichkeit der Durchführung aufmerksam gemacht. Landrat Harbig führte hierzu aus, daß der Kreisausschuß in den Wintermonaten auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege alles geleistet habe, was nur geleistet werden konnte. Dazu sei kein Appell der kommunistischen Redner notwendig gewesen.

Landrat Harbig bemerkte sodann zum Haushaltplan, daß in ihn die Zahlen des vorigen Geschäftsjahrs eingezeichnet worden seien. Der Etat sei jetzt sorgfältig und klar aufgestellt worden, nirgends seien Reibeben eingesetzt. Die Hauptpositionen seien die Zins- und Tilgungsraten für die infolge der Grenzziehung not-

Landrat Harbig zum Etat

Endlich der Etatberatung des Kreises Gleiwitz-Tost hielt Landrat Dr. Harbig eine Programmrede, in der er ausführte:

Zum ersten Male seit Kriegsende lasten auch auf unserem Kreis mit voller Wucht die Schweren der Reparationsverpflichtungen, die Folgen der Grenzziehung, der Niedergang und die zunehmende Verschuldung der Landwirtschaft und das immer mehr erkennbar festzustellende Abgleiten des gesamten östlichen Erwerbslebens. Gesamtbedarf und Gesamtkosten der Wohlfahrtserwerbsläden werden sich annähern werden. Die Not der Gemeinden und Gemeindeverbände kommt zu einem erheblichen Teil sichtbar aus dieser Quelle. Auch im Kreise Tost-Gleiwitz stieg die Zahl der aus der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge ausgeschiedenen Wohlfahrtserwerbsläden, die in die öffentliche Fürsorge zu überführen waren, von Monat zu Monat. Am Anfang des Geschäftsjahres standen 64 ausgesteuerte Wohlfahrtserwerbsläden in der öffentlichen Fürsorge, am 31. März 1931 = 800. Die Aufwendungen für Wohlfahrtserwerbsläden betrugen im Berichtsjahr rund 110 000 RM.

Hand in Hand mit der steigenden Wohlfahrtserwerbslosigkeit gingen stark erhöhte Aufwendungen in der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge und in der sonstigen Armenpflege. Die aufzuwendenden Beträge waren: 660 Sozialrentner mit insgesamt 52 000 RM., 200 Kleinrentner mit insgesamt 23 000 RM., 990 sonstige hilfsbedürftige Arme mit 110 000 RM., 125 hilfsbedürftige Wöchnerinnen mit 7000 RM. Auch die Kosten für die Altenpflege bei den Geisteskranken, den blinden und taubstummen Kindern und den Krüppeln nahmen wesentlich zu. Die jedes voraussehbare Maß übersteigende Arbeitslosigkeit im Kreise ist bis zum heutigen Tage über die saisonmäßige Erleichterung nicht hinausgegangen. Es sind z. B. im Landkreis noch 1736 Unterstützungsempfänger beim Arbeitsamt vorhanden, und im gesamten Arbeitsamtbezirk waren in den letzten Wochen nur insgesamt etwa 800 Stellen zu besetzen; Tausende von Arbeitern warten auf Arbeit.

Die Grenzerreichungsschäden

in unserem Kreise sind diejenigen Lasten, die neben der Arbeitslosigkeit die empfindlichste Lücke in den Kreishaushalt reißen. Wer wollte hente noch beweißen, daß Reich und Staat dem Kreise in bezug auf die Wölberung der durch die Grenzziehung verursachten Schäden, insbesondere für die erbauten Chausseen nicht diejenige Hilfe haben zu teilen werden lassen, die notwendig gewesen wäre, den Grenzkreis in seiner noch vor 2 Jahren, seit und sicher stehenden Finanzgarantie zu erhalten. Ein sparsamer, sanaberer, von der Billigtreue und dem Verantwortungsbewußtsein der Kreiskörperschaft getragener Haushalt ist durch die Unzulänglichkeit der Hilfen ins Wanken gekommen. Die Kräfte müssen ernst eingesetzt werden, den höheren Stellen die Erkenntnis zu geben, daß die Finanzgarantie des Kreises nicht wieder geübt werden kann, wenn nicht bei den durch die Grenzziehung verursachten Aufwendungen ein angemessener Ausgleich zu Lasten des Reiches und des Staates erfolgt.

Schwer lasten auf dem Kreise

die Unwetterkatastrophen

der letzten Jahre, die es notwendig machten, erhebliche Mittel im Kreditwege für die Linde-

wendig gewordenen Schäden und für die Darlehen zum Ausgleich der Unwetterschäden. Im vergangenen Etat habe man diese Zins- und Tilgungsraten nicht aufgenommen. Dies habe sich als sehr achtlich herausgestellt. Im vergangenen Jahr seien die Einnahmen aus den Steuern stark zurückgegangen.

Die Wohlfahrtsslasten

seien nicht mehr zu verringern, obwohl sie außerordentlich drückend seien. Eine starke Belastung für den Kreis liege auch in Beiträgen zur Berufsgenossenschaft. Die Zahl der Unfälle habe sich nicht unwe sentlich vermehrt.

Die Etatberatung brachte zunächst eine unübersehbare Reihe von Anträgen, die antragen der kommunistischen Fraktion, die sogar den geringen Betrag für Unterstützung des Handwerks gefordert haben wollten. Die Anträge wurden von den Abg. Hennef (Soz.) und Pfarrer Jendritzik (Str.) energisch bekämpft.

Landrat Harbig erklärte sodann, daß die Arbeit des Kreises dahin ziele, daß die Landwirtschaft nach jeder Richtung gefördert werde. Dies werde auch weiter planmäßig geschehen, in weiterem Umfange als es mit den geringen Etatmitteln möglich sei. Die finanziellen Leistungen seien gering, aber es gehe nicht darum, Subventionen zu geben, sondern die Leistungsfähigkeit zu steigern. Mehrere Redner traten dann für die Förderung

der Notstände zu beschaffen. Das starre System der höheren Stellen, bei Notständen Hilfen nur zu leisten, wenn auch der Kreis sich mit einem Drittel der Gesamtsumme beteiligt, muß in erneuten Verhandlungen eine Durchbrechung erfahren.

Die Kreditmöglichkeiten des Kreises

sind aufs stärkste angespannt. Die Aufnahme weiterer Kredite kommt kaum noch in Frage, obwohl das Inneministerium eine weitere Finanzierung der Kreisspar- und Girofasse fordert und den Erfolg unserer Bemühungen, aus dem Fonds des § 39 des Preuß. Ausf.-Gesetzes zum Finanzausgleichsgesetz eine Hilfe zu erhalten, von der Bereitstellung eines weiteren Kredits bei der Kreisspar- und Girofasse abhängt. An einer Milderung der Arbeitslosigkeit liegt im Kreise durch Ausführung größerer Notstandsarbeiten kann sich der Kreis nur beteiligen, wenn ihm, wie im vergangenen Jahre für den Chausseebau Ziemiens-Schwientochowitz, ein die Ausgaben annähernd deckender Betrag aus der Osthilfe zur Verfügung gestellt wird. Auch hierfür sind die erforderlichen Anträge bereits gestellt bzw. zu erneuern.

Eine nicht gering zu veranschlagende Hilfe brachte im Verfolg der vom Herrn Reichspräsidenten gewiesenen Wege,

die Realsteuersenkung

die den Gemeinden manche Sorgen in der Einziehung der Rückstände abnahm. Für den Kreis unmittelbar hat die Realsteuersenkung keine Hilfe gebracht. Immerhin bedeutet sie eine Stärkung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden und damit auch eine Verbesserung der Wirtschaft im Kreise. Wegen der Entschuldung der Landwirtschaft sind die Verhandlungen im vollen Gange. Es muß zugegeben werden, daß die Umschuldung in unserem Kreise außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet. Die landwirtschaftliche Bevölkerung muß aufgerufen werden, Vertrauen zu haben und sich von ungerechtfertigter Kritik freizuhalten.

Der Kreis darf die im Rechnungsjahr 1930 erhobenen Zuschläge zur direkten Kreisumlage mit 55 Prozent zu den Reichsteuerüberweisungen und mit 59 Prozent zu den Realsteuern sowie die Zuschläge zur Mehrbelastung für die Elektrifizierung mit 12,1 Prozent nicht erhöhen. Die Notberordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 hat den Kreisen keine neuen Steuerquellen erschlossen; nur die einzige Ergänzung des Steuerbedarfs ist zulässig und gesetzliche Pflicht, daß die Hälfte des Aufkommens aus der Bürgersteuer mit denselben Zuschlägen belegt werden darf wie zu den Reichsteuern heraufgesetzt, also mit 55 Prozent; für den Kreis ein Mehr von 23 000 Mark. Mit diesem geringen Betrage ist dem Kreise nicht geholfen; er ist darauf angewiesen, die schon mehrfach erwartete Staatshilfe in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus muß Hilfe erwartet werden aus einer Neuregelung der Arbeitslosenhilfe.

Dass die Hilfen eintreten, insbesondere, daß dem Kreis für die Grenzschäden und zur Erleichterung seines Wohlfahrtsetats Hilfen von Staat und Reich gegeben werden, ist geradezu eine Lebensfrage des Kreises geworden.

der verschiedenen landwirtschaftlichen Einrichtungen, wie Milchkontrolle, Versuchsfelder etc. ein. Der Kreistag beschloß sodann, über die Anträge der kommunistischen Fraktion zur Tagesordnung überzugehen.

Die Einzelletsatz

Zum Etat der Allgemeinen Verwaltung beantragte Abg. Gaertig (Str.), die Nutzenzuschüsse für den Kreisjugendpfleger und die Kreisjugendpflegerin um 200 Mark zu verstärken und den Betrag von den Reisefeststaben abzuziehen. Der Antrag wurde mit Rücksicht darauf, daß erst vor zwei Jahren eine Erhöhung eingetreten ist, abgelehnt.

Abg. Voßcheck (Pole) beantragte, daß das Kreisblatt auch in polnischer Sprache gedruckt wird.

Abg. Gaertig (Str.) erklärte, daß dies überflüssig sei, da ja der nicht deutsch sprechende Mann kaum das Kreisblatt liest. Der Antrag wurde zurückgestellt. Es sollen Erfundigungen darüber eingezogen werden, wie sich das zweisprachige Kreisblatt in anderen Kreisen bewöhrt hat. Der Etat der allgemeinen Verwaltung wurde mit einem Ausgabenbetrag von 217 913 Mark ange nommen.

Der Etat der Bauverwaltung enthält u. a. den Plan der zu unterhaltenden 23 Chausseen, wofür 202 100 Mark angezeigt sind.

Hierzu kommen für Arbeitslöhne für die Kreisstrassen 73 800 Mark.

Kreisbaurat Gehboldt

erklärte, daß in den Etat der Chausseeverwaltung nur die dringend notwendigen Arbeiten eingesetzt wurden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könne es sich lediglich darum handeln, die Straßen zu erhalten. Landrat Harbig ergänzte, daß die Unterhaltung der 335 Kilometer Kreisstrassen außerordentlich viel Arbeit und Mühe mache. Der Kreisausschuß sei sich darüber klar, daß der angelegte Betrag unzureichend und unzulänglich sei. Größere Ausgaben ließen sich aber unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht verantworten.

Gelegentlich einer nebenbei behandelten Erörterung der Steuerfrage teilte Landrat Harbig mit, daß

97 Prozent der Landwirte des Landkreises Tost-Gleiwitz zur Einkommensteuer steuerfrei veranlagt worden sind.

Die Verhältnisse seien hier weit schlimmer als im übrigen Bezirk des Landesfinanzamtes.

Der Etat der Bauverwaltung wurde dann mit 368 536 Mark Ausgaben, die Betriebe und Unternehmungen, die nur die Elektrizitätsversorgung betreffen, mit 110 650 Mark, die Schulen mit 8 720 Mark, Kunst und Wissenschaft mit 1 064 Mark angenommen. Die Finanzverwaltung erforderte 880 037 Mark Ausgaben. Die direkten Kreisteuer bringen 353 000 Mark ein, die Hundesteuer 14 000 Mark, die Jagdsteuer 7 000 Mark, die Grunderwerbsteuer 90 000 Mark, der Anteil an der Biersteuer der Gemeinden 20 000 Mark. Die Nebenweisen aus den Kreisteuern betragen 110 000 Mark.

Nach Annahme des Finanzausgleichs wurde der Etat der Wohlfahrtspflege vorgenommen, der 917 115 Mark Ausgaben erforderte. Landrat Harbig gab gelegentlich eines gestellten Erhöhungsantrages bekannt, daß an Kreisausschuß und Kreistag seitens der Regierung das dringende Erfuchen gerichtet worden ist, die Ausgaben herabzusetzen, wo es nur möglich sei, wenn der Etatausgleich auf Grund des § 39 des Finanzausgleichsgesetzes erreicht werden sollte.

Der Kreisausschuß müsse darüber hinaus vom Kreistag die Ermächtigung erbitten, nötigenfalls von sich aus weitere Herabsetzungen vorzunehmen, wenn diese Einschränkungen gefordert werden.

Im Unterstat Landwirtschaft, der dem Wohlfahrtsetat angegliedert ist, sind 55 000 Mark allein für die Tilgung von Darlehen eingezahlt, die für die Linderung der Umweltverschäden aufgenommen worden sind. Die Spenden für Schüler der landwirtschaftlichen Schule in Tost wurden von 600 auf 825 Mark erhöht und dafür die 125 Mark für Abhaltung von Saatmarkten gestrichen, die 250 Mark für Einführung besseren Saatgutes in bönerliche Betriebe um 100 Mark gesenkt.

Der Etat war sodann angenommen. Hinsichtlich der Steuern des Kreises ist nach den Bestimmungen eine Erhöhung der Kreisumlage über die bis zum 31. Dezember 1930 rechtswirksam beschlossenen Sätze hinaus grundsätzlich unzulässig. Das bedeutet, daß auch im neuen Etatjahr nicht mehr als

59 Prozent Zuschläge zu den Realsteuern und 55 Prozent Zuschläge zu den Nebenweisen erhoben werden dürfen. Desgleichen muß die vorjährige Mehrbelastung für die Kreiselektifizierung mit 12,1 Prozent Zuschlägen zu den Pflichtsteuern unverändert bleiben.

Nach dem Gesetz vom 24. März 1931 (G. S. S. 25) kommt als neuer Maßstab für die Kreisumlage die Hälfte des Aufkommens aus der Bürgersteuer in Ansatz.

Dadurch tritt eine gewisse Erhöhung der Kreisumlage ein, ohne die Zuschläge zu erhöhen. Das wird umso mehr Notwendigkeit, als von der Aufsichtsbehörde im Hinblick auf die jetzigen des Kreises gestellten Hilfsanträge die Erhöhung aller Einnahmemöglichkeiten gefordert wird.

Landrat Harbig legte dann dem Kreistag folgende

Entschließung

vor, die einstimmige Annahme fand:

Die durch die Grenzerreichung dem Kreise verursachten Schäden, insbesondere, so weit neue Chausseen zu bauen waren, hat der Kreis zum wesentlichen Teil aus eigenen Mitteln mildern müssen. Die Reichs- und Staatshilfen aus den für den Osten in den letzten Jahren zur Verfügung stehenden Grenzfonds waren völlig unzureichend. Die Tilgungs- und Zinsraten

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Tube 54 Pf.
Große Tube 90 Pf.

Gesangsaabend des Cieplitschen Konservatoriums in Beuthen

(Eigener Bericht.)

Beuthen, 5. Mai

In der Aula der Oberrealschule hatten sich am Montag die Schüler der Gesangsklasse von Fräulein Richter, Kempen, des Cieplitschen Konservatoriums (Paul Kraus) zu einem Gesangsaabend vereinigt. Ein zahlreicher Zuhörerkreis hatte sich eingefunden. Man war geradezu überrascht von den guten Leistungen der Schüler. Hanne Schubert (Sopran) sang sehr gewandt ihre beiden Lieder „Liebesfeier“ von Weingartner und „Frühlingsreigen“ von Fleischmann. Herta Dohm (Mezzosopran) brachte mit guter, voller Stimme Schuberts Lied „Des Mädchens Klage“ und ganz besonders ansprechend das Tanzlied von Bungert zu Gehör. Rudolf Turek (Tenor) sang seine Lieder „Wohin“ von Schubert und „Der letzte Gruß“ mit besonders guter Aussprache und brachte eine sehr ansprechende Farsche in den Gesang hinein. Valerie Miglitz verfügt über eine prächtige Altstimme und hat gut singen gelernt, wie dies vor allem Schuberts Lied „An die Muß“ zeigte. Ein kleiner Schelm ist Marga Rieger (Sopran), die ihre kleinen Liedchen, dem Texte entsprechend, in munterer, neckischer Weise sang und starken Beifall erntete. Ein gesuchter Sänger durfte Oskar Hirschmann mit seinem wohlgepflegten schönen Tenor werden. Wagners „Liebeslied“ aus „Walküre“ und Feires „Schlafl ein, mein Blondengelein“, schmelzend und einschmeichelnd vorgetragen, erbrachten den Beweis dafür. Sabine Donas (Mezzosopran), im Beuthener Frauenvereinen bestens bekannt, sang mit großem Schneid und viel Wärme die prächtige Arie der Eboli aus „Don Carlos“, von Verdi und Schumanns „Ich kann nicht fassen, nicht glauben“ sowie Brahms kurzes Lied „Der Schmied“. Mit Oskar Hirschmann wirkte sie dann gemeinsam in dem Duett aus „Trovadour“ von Verdi. Leider mußten die Einzelvorträge von Margarete Franz und ein Gesangssquartett wegen Erkrankung von Fräulein Franz ausfallen. Die dargebotenen Erzähllieder boten einen gewissen Trost. Die Begleitung am Flügel übernahmen Fräulein Marks, Fräulein Donas und Fräulein Bauch. Die Klassenleiterin darf mit den Erfolgen ihrer künstlerischen Arbeit sehr zufrieden sein.

lasten nunmehr auf dem Kreise mit aller Schwere. Der harte Winter mit seiner von keiner Seite voraussehbaren Wohlfahrtsverwerbslosigkeit und die Not großer Teile der Bevölkerung hat eine Überschreitung des Wohlfahrtsanteils des Jahres 1930 um mehr als 200 000 RM. verursacht, wobei allein für die Wohlfahrtserwerbslosen außer- etatsmäßig 120 000 RM. zur Verfügung zu stellen waren. Ein Versagen des Kreises in bezug auf die Erleichterung der Not der Bevölkerung hätte zu schwersten Folgen geführt. Die schweren Belastungen des Haushalts des Kreises sind ferner zu einem erheblichen Teil auch dadurch verursacht worden, daß der Kreis Jahr für Jahr in den letzten Jahren schwere Unwetterkatastrophen zu überwinden hatte, zu deren Erleichterung er zur Ermöglichung der Durchführung der staatlichen Notstandsaktion mehrere hunderttausend Reichsmark im Kreditwege aufnehmen mußte. Auch diese Darlehen wirken sich nunmehr mit aller Schärfe in dem Staat aus.

Der Staat des Jahres 1931, der einschließlich der Fehlbeträge der beiden Vorjahre mit einem Gesamtfehlbetrag von rund 700 000 RM. abschließt, ist mit der größten Vorsicht und Sparsamkeit aufgestellt und gestattet kaum noch irgendwelche Einsparungen bei den einzelnen Positionen. Der Förderung des Herrn Ministers des Innern, die Kreisbau- und Girolasse in Ausnehmung eines weiteren Kredits zur Deckung eines Teiles des Fehlbetrages in Anspruch zu nehmen, soll dadurch entsprochen werden, daß der Vorstand der Sparkasse beschließt, einen im Rahmen des Kontingents liegenden Betrag entsprechend dem Kreistagsbeschluß vom 7. Januar 1931 zur Verfügung zu stellen. Damit sind aber durchaus die Möglichkeiten der Kreisentnahme aus der Kreissparkasse für den Kreis erschöpft.

Nachdem der Vorstand trotz der bestehenden Bedenken die vom Kreistag gewünschte Entschließung gesetzt hat, wird die dringende Bitte an den Minister des Innern gerichtet, die dem Kreis zugesetzte Hilfe aus dem Fonds des § 39 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz nicht mehr länger zu versagen. An den Minister wird weiter erneut die dringende Bitte gerichtet, in Erwähnung dorthin einzutreten, inwieweit dem Kreis zum Ausgleich der Aufwendungen für die Milderung der Grenzerziehungsschäden, insbesondere für die Chausseenebenbauten eine Hilfe gegeben werden kann.

Intern wurde dem Kreisausschuß die Erwähnung erteilt, Ausgabenkürzungen vorbehaltlich einer sofort einzuberuhenden Kreistagsitzung vorzunehmen.

Die Haushaltssorgen der Gemeinde Schomberg

Trotz Sparsamkeit ein Fehlbetrag von über 250 000 Mt. — 421 112 Mt. geringeres Steueraufkommen

(Eigener Bericht)

Schomberg, 5. Mai.

Die Gemeindeverwaltung kündigte heute für den 15. Mai eine Gemeindevertretersitzung an, die von dem wichtigsten gemeindlichen Ereignis, der Staatsberatung, beherrscht sein wird. Diese dürfte in mancherlei Beziehung Überraschungen bringen. Einmal, daß die Gemeindevertreter nun einen einheitlichen Haushaltspunkt — gegenüber mehreren Plänen in früheren Jahren — vor sich haben, dann: daß die Sparsamkeit den Fehlbetrag des Etats von 1 159 580 Mt. im Vorjahr auf 998 000 Mt. in diesem Jahre ermäßigt hat, ohne aber verhindern zu können, daß an Einnahmen nur 740 000 Mark erzielt werden.

Damit hat auch Schomberg einen ungedeckten Fehlbetrag von 258 000 Mt.

Ferner hat der neue Staat das besondere Merkmal, daß er sowohl die Brutto- wie auch die Nettoausgaben festhält, wodurch ein genauer Einblick gewährt wird in die Kosten und Aufwendungen der einzelnen Abteilungen innerhalb der Gemeindeverwaltung.

Von den Ausgaben seien im einzelnen festgehalten: Das Abgehalt des früheren Gemeindevorsteigers wird mit 13 456 Mt. angegeben. 7500 Mt. müssen als Differenz gehaltsbeträge an die Beamten des früheren Amtsbezirks Godulla-Hütte, der in Schomberg seinen Sitz hatte, gezahlt werden, und zwar auf Grund eines Reichsgerichtsurteils. Beim Titel „Schulen“ ist ein neuer Ausgabeposten von 3000 Mt. eingesetzt für einen Hilfslehrer. Seine Anstellung ist notwendig geworden infolge der erheblich gestiegenen Zahl der Schulneulinge. Das Ansteigen der Kinderzahl erfordert auch eine Erhöhung der Entschädigung für den Schularzt um 300 auf 1500 Mt. Die Ausgabe im Wohlfahrtsetat ist von 96 405 im v. J. auf 240 625 Mt. gestiegen. An Wasserzinsen müssen

an den Magistrat Beuthen, von dem die Gemeinde das Wasser bezieht, 3500 Mt. mehr gezahlt werden (insgesamt 17 500), da eine 25 prozentige Erhöhung des Wasserzinses erfolgt ist. 3000 Mt. müssen für streckenweise Ausbesserung der Wasserleitung der Beuthener Straße aufgewendet werden, da die Leitung sehr schadhaft ist und Wasserverlusten vorgebeugt werden muß. Denn

in den letzten Jahren kamen 25—30 Rohrbrüche jährlich vor.

Infolge der Neufestsetzung der Fluchtlinie in der Beuthener Straße muß der Ankauf von Gelände erfolgen, für welche Zwecke der Beitrag von 5000 Mt. vorgesehen ist. Das damit verbunden gewesene Zurückziehen des Hauses vor der Kirche und dem Kloster erfordert eine Anfütting und Pflasterung des Zuganges zur Kirche und zum Kloster, wofür 2000 Mt. aufgewendet werden müssen. Die Kosten für Straßenausbesserungen und Befestigungen sind von 15 000 auf 10 000 Mt. herabgesetzt worden, da wegen der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde nur die allernotwendigsten Arbeiten zur Ausführung gelangen sollen. Weiter ist die Erweiterung der Kanalisation insofern erforderlich, als der bisherige Troppkörper zur ausreichenden Klärung der Abwasser nicht mehr ausreicht, so daß ein zweiter Troppkörper eingebaut werden muss. Für diesen Zweck werden einschließlich der Kosten für die Unterhaltung der Kanalisation 11 000 Mt. eingesetzt. Auf Anordnung der Regierung muß zur Behebung von Seuchengefahren auch der weitere Ausbau des Schmutzwasserkanals erfolgen (Notstandssarbeit). In diesem Jahre kann aus Mangel an Mitteln aber nur ein Teil der Arbeit ausgeführt werden, und zwar zwischen Drzegow der Straße und Gemanderschacht. Diese Arbeit erfordert einen Kostenaufwand von 12 000 Mark. Die weitere Ausführung erfolgt im nächsten Etatsjahr. Weiter wird als erste Rate zum Ankauf eines kombinierten Last-, Spreng- und Kehrwagens zugleich mit

Feuerlöschereinrichtung ein Betrag von 6500 Mt. ausgeworfen. Nach Meinung des Gemeindevorstandes macht sich durch Bergfall der fremden Fuhrkosten von jährlich mindestens 7000 Mt. der Wagen längstens in zwei Jahren bezahlt. Die Zahlung der Raten erfolgt aus Einsparungen bei den früheren Ausgaben für Reinigung und Sprengung der Straßen und bei der Gemeindeverwaltung durch Private, die vermindert werden wird.

Das steuerliche Aufkommen zeigt eine außerordentliche Verminderung. So betragen die Reichsteuerübermessungen mit 271 900 Mark 144 165 Mt. weniger. Das Aufkommen aus den Gemeindesteuern hat sich von 492 165 Mark auf 215 218 Mark, also von 276 947 Mark verringert, obwohl die Bürgersteuer von 4500 auf 12 000 Mark erhöht worden ist und

aus der Bürgersteuer, die noch beschlossen werden muß, 18 000 Mark erwartet werden.

Der Beitrag der Gemeinde an die Staatliche Polizei beträgt 45 813 Mt., an Kreisabgaben müssen 182 606 Mt. abgeführt werden. Im vorigen Jahre machten die Kreisabgaben den Betrag von 352 000 Mt. aus, so daß sich auch hier deutlich der Niedergang der steuerlichen Einnahmen der Gemeinde zeigt, da die Kreisabgaben sich nach Gewerbesteuern der Gemeinde richten.

So hat nun auch die Gemeinde Schomberg, die einst äußerst günstig stand, nicht geringe Finanzsorgen.

Sie ist aber eine Gemeinde, die bei weitem die niedrigsten Steuerzuschläge erheben muß, da diese durch die bekannte Notverordnung festgelegt sind. In Schomberg kommen nämlich nachfolgende Zuschläge zur Erhebung:

150 % Grundvermögensteuer,
270 % Gewerbeertragsteuer,
510 % Gewerbe Kapitalsteuer.

Frühjahrskreistag Groß Strehlitz

Berabschiedung des Haushaltspfanes

Beteiligung an der Biersteuer beschlossen — Kürzung der Tagegelder um 20 Prozent

(Eigener Bericht)

Groß Strehlitz, 5. Mai.

Am Montag fand im Sitzungssaal des Kreisständebantes der diesjährige Frühjahrskreistag statt, zu dem sich die Abgeordneten vollzählig eingefunden hatten. Nach Eröffnung des Kreistages und Begrüßung der Abgeordneten durch Landrat Werther widmete dieser dem verstorbenen Bürgermeister Dr. Hößlich, Leibniz, einen ehrenden Nachruf.

Es wurden nun 4 Kreistagsabgeordnete eingesetzt, und zwar Gärtner Kurka, Gotschiorowitsch, Landwirt Michaeli, Schuhlohma, Hänsler Ziaja, Sandowitsch und Hänsler Truch, Olejcha. Die vier Vorslagen brachten Wahlen. Nur den

Gewerbesteuerausschuß

wurden gewählt Kaufmann Matzat, Ujest, Schlossermeister Stanek, Gogolin, Rechtsanwalt Pichler, Groß Strehlitz, Kürschnermeister Fabrizel, Ujest, Kaufmann Slowronek, Groß Stein. Als Vertrauensmänner für die Auslösung von Schöffen und Geschworenen wurden gewählt

Amtsgericht Groß Strehlitz,

Amtsrichter Bremmer, Hauptlehrer Bittner, Oberlehrer Dr. Lütt, Strohwalter Bittner, Rechnungsführer Czornik und Arbeiter Teibert. Für das Amtsgericht Ujest: Lehrer A. D. Uppel, Landwirt Klimel, Landwirt Musialka, Hauptlehrer Lux, Bauer Wiliowski, Arbeiter Glogla, Kürschnermeister Fabrizel; für das

Amtsgericht Leschin

Bierverleger Simon, Geschäftsführer Gielniak, Bauer Kuharczyk, Hauptlehrer Gielniak

Eingehende Beratung fand dann die geplante Neuabgrenzung des

Amtsbezirks Blawniowitz

Die Angelegenheit wurde vertagt, da verschiedene Fragen noch nicht geklärt sind. Beschllossen wurde, die Gemeinde Latscha dem Amtsbezirk Radzimitz zuzuschlagen. Ferner wurde Lohnia dem Amtsbezirk Blawniowitz zugeschlagen. Die Schaffung dreier Beamtenstellen wurde vertagt.

Angenommen wurde eine neue Fassung der Wertzuwachssteuer, ferner die Erhebung eines proportionalen Zuschlags zur Grunderwerbsteuer. Die Gültigkeit der Kreisjugesteuer wurde verlängert.

Zum Schluss der Sitzung wählte der Kreistag Mitglieder in den Grundsteuerausschuß Lott, Mitglieder des Gewerbesteuerausschusses beim Kreisausschuß und den Schiedsmann für den Bezirk Lona-Lany.

Landwirt Wiecha, Arbeiter Gajla, Arbeiter Kurka für

Kräppiz

Geschäftsführer Schneider, Reedereibesitzer Kluge, Bauer Kaschura, Eisenbahner Grumer.

Den nächsten acht Punkten der Tagesordnung wurde ohne Aussprache zugestimmt. Sie betrafen: die Änderung der Bevölkerungsordnung, die Abänderung des Gesellschaftsvertrages mit der Kommunalbank, die Statuten betr. Bildung und Zusammenfassung der Amtshanschäfte, die Entlastung der Jahresrechnung, den Darlehnsvertrag mit der Landesversicherungsanstalt über das Darlehen für das Prälat-Głomali-Kramlenhaus, die Bewilligung einer Beihilfe von 2000 Mark für die Wasserleitungsgenossenschaft Leschnitz-St. Annaberg und die Bürgschaft für ein Darlehen für den Bau der Straße Petersgrätz-Döllna.

Die nächste Vorlage, Beteiligung des Kreises an der Biersteuer, rief eine lebhafte Aussprache hervor. Die Abgeordneten Stannek und Kriedrich (Zentr.) batzen vor einer Beteiligung abzurufen. Abg. Riemel (DVP) lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen jegliche Steuererhöhung ab. Die Abstimmung wurde bis zur Etatsberatung zurückgestellt, dann aber wurde die Vorlage angenommen. Über den Stand der Elektrifizierung berichtete Landrat Werther. Danach werden von den Sanierungsmaßnahmen 3220 Konsumanten betroffen, von denen 76 Prozent den Sanierungsvorschlägen zugestimmt haben. In diesem Zusammenhang beschloß der Kreistag

ein Darlehn von 27 900 Mark beim Überlandwerk Neiße anzunehmen.

Nunmehr wurde das Straßenbauprogramm für 1931 in großen Umrissen aufgestellt. Zur Ausführung kamen der Bau der Straße Kosmierka-Gradiško, die Malawanebrücke bei Colonnowska und die Straße Lesczynski-Fredorff. Anschließend kam der Hauptpunkt „Die Verabschiedung des Haushaltspfanes“ zur Beratung. Der Haushaltspfane, der in zahlreichen Sitzungen des Kreisausschusses durchberaten wurde, ist als Zeitspiegel der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage ansehnlich. Der Haushaltspfane des Wohlfahrtsantzes allein erfordert einen Zuschuß von 450 000 Mark.

Der Gesamthaushaltspfane schließt ab in der

Gesamteinnahme mit 679 363 RM.

Gesamtausgabe mit 975 591 RM.

Mithin Fehlbetrag 296 238 RM.

Der Rückgang der Steuergrundzahlen macht sich insbesondere bei den Überweisungen von Steueranteilen aus Reichssteuern bemerkbar, die nur 107 122 Mark betragen dürfen, gegenüber 679 600 Mark im Vorjahr.

Die Kreismunalabgaben setzen sich im einzelnen zusammen:

30 Prozent Zuschläge zur Reichseinkommensteuer und Körperverfallssteuer 83 047 Mark,

75 Prozent Zuschläge zur Gewerbeertragsteuer 29 225 Mark,

75 Prozent Zuschläge zur Grundvermögensteuer 168 000 Mark,

30 Prozent Zuschläge zur Bürgersteuer 24 000 Mark.

Zu dem Haushaltspfane wurden verschiedene Abänderungsanträge gestellt, von denen nur einer angenommen wurde. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden die Tagegelder der Abgeordneten um 20 Prozent gekürzt. Abg. Riemel (DVP) erklärte nach einer eingehenden Kritik des Etats für seine Partei Stimmen enthalten. Der Haushaltspfane wurde daran mit 20 gegen 6 Stimmen verabschiedet.

Nach sechsstündiger Beratung schloß Landrat Werther mit Worten des Dankes die Kreistagsitzung.

Gleiwitz

* Wohltätigkeitsfest in Laband. Der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Laband, veranstaltete in diesen Tagen sein Wohltätigkeitsfest. Die eintrige Vorsitzende, Frau Hüttendorfer Dr. Rettner, hatte, unterstützt von den Damen des Vereins, ein gut gelungenes Fest vorbereitet, das den Kritik des Etats für seine Partei stimmen enthalten. Zu dem Haushaltspfane wurde daran mit 20 gegen 6 Stimmen verabschiedet.

Nach sechsstündiger Beratung schloß Landrat Werther mit Worten des Dankes die Kreistagsitzung.

* Wohltätigkeitsfest in Laband. Der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Laband, veranstaltete in diesen Tagen sein Wohltätigkeitsfest. Die eintrige Vorsitzende, Frau Hüttendorfer Dr. Rettner, hatte, unterstützt von den Damen des Vereins, ein gut gelungenes Fest vorbereitet, das den Kritik des Etats für seine Partei stimmen enthalten. Zu dem Haushaltspfane wurde daran mit 20 gegen 6 Stimmen verabschiedet.

Die Künsterin der Vereins warnte vor der Anerkennung. In einem abwechslungsreichen Programm bot eine auswärtige Künstlerin hervorragende Gesangsvorführungen, die von Potolla, Laband, begleitet wurden. Der reiche Beifall veranlaßte die Künstler zu einer freudig aufgenommenen Zugabe. Auch die Damen von Sonderfoth hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt und erzielten für ihre Gesangsvorführungen Beifall. Ein Menüett, getanzt von Frau Dr. Giller als Rotokobane, war ganz entzückend. Der stürmische Applaus wollte nicht enden. Dann fand klassische Musik für Klavier ein dankbares Publikum. Auch humoristische Darbietungen fehlten nicht. Am Schießstand und bei einer Verlosung gab es schöne Gewinne. Auch für den Gastromischen Teil war bestens gesorgt. Weindiele, Saltes Bäret und Konditorei boten aus Küche und Keller das Beste und waren sehr beansprucht. So waren die Gäste des Vereins — auch die Geistlichkeit ehrte den Verein durch ihr Erscheinen — voll aufgefriedigt und die Stimmung bei froher Unterhaltung und Tanz vorzüglich. Trotz des nicht sehr zahlreichen Besuches hat der Verein einen beträchtlichen Nebenertrag erzielt, der es ihm ermöglicht, gegen den übernommenen Verpflichtungen im Dienste der Wohltätigkeit zu wirken.

* Evangelischer Jugendverein. Der Evangelische Jugendverein veranstaltete im großen Saale des Evangelischen Ver-

Jubiläumskonzert des Oppelner Männergesangvereins 1851

Oppeln, 5. Mai
Seinen 80. Geburtstag feierte der Oppelner Männergesangverein von 1851 mit einem Konzert, das ein reichhaltiges und interessantes Programm aufwies. Neben älteren Liedern vorwiegend neuen Kompositionen zum Vortrag. Eingeleitet wurde der Abend mit dem stimmungsvollen lateinischen Hymnus "Media vita" von Franz Beilinger. Hierauf folgte der interessante Männerchor mit Instrumentalbegleitung "Lebenspflichten" (Oppelner Variationen) von Hugo Herrmann. Während der Männerchor-Sat dieser Komposition gut anspricht, wirkt der dünne Instrumentalchor etwas matt. Großen Anklang dagegen fand der Männerchor "Ewig Reigen" mit Bariton solo und Instrumentalbegleitung von Wihl. Knöchel. In den "Liebsten eines Dorfpoeten" von H. A. Schmidt zeigten sich im Chor stellenweise kleine Schwankungen, die aber durch die glänzende Darstellung der Lieder "Wach auf, meines Herzens Schön" und "Ich wollt' gern singen" von Fritz Werner reichlich wieder wett gemacht wurden, indem letzterer Thor auf stürmisches Verlangen der Zuhörer da capo gefungen werden mußte. Der tüchtige Dirigent Paul Waschlowitz durfte sich mit seinem geschulten Männerchor in den wohlverdienten Beifall teilen.

Mit bewundernswerter Technik und großer musikalischer Empfindung brachte die Pianistin Nora Walossej, Breslau, die schwierigen Variationen und Fuge über ein Thema von Teleman von Max Reger zu Gehör. Der stimmbegabte Baritonist Leopold Alexander, Breslau, sang mit vorbildlicher Aussprache und Tongestaltung Lieder von Hugo Wolf, Edmund Nied, Hans Rieger, Alfonso Blümel und Fritz Fürt, die am Flügel von der Pianistin Nora Walossej feinsinnig begleitet wurden. Die Solisten wurden begeistert gefeiert. Die Instrumentalbegleitung der Männerchöre lag in bewährten Händen von Mitgliedern des Orchestervereins.

H. M.

einshauses einen Familienabend. Der Soal war, wie immer, bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Zeichen dafür, daß die Gemeinde am dem Verein großes Interesse zeigt. Der Abend wurde mit einem Klavierstück eingeleitet. In der darauffolgenden Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden, Pastors Albert, wurden besonders die neuen 30 Mitglieder herzlich willkommen geheißen. Pastor Albert machte sie auf die Ziele des Vereins aufmerksam und forderte von ihnen unbedingte Treue. Im Verlauf des weiteren Programms wurde gezeigt, was im Verein getrieben und gepflegt wird. Die Theaterstücke "Der Vetter aus Bremen" und "Sein Herz schlägt" wurden mit langanhaltendem Beifall belohnt. Ein einem lebendenilde wurde ein Zeltlager mit einem Lagerfeuer gezeigt. Dabei wurden Kanons gefürgt. Die Kapelle des Vereins erntete starken Beifall, die Pyramidenübungen der Sportabteilung verlegten die Anwesenden in Erstaunen. Zum Schlus sprach noch der Gründer dieses Vereins, Pastor Siehr, im Namen der Gemeinde einige Dankesworte. Die Eltern wurden aufgefordert, ihre Kinder recht zahlreich in den Evangelischen Jugendverein zu schicken. Mit dem Bundesliede "Es rauscht durch deutsche Wälder" wurde der wohlgefugene Abend beendet.

* Auszeichnung von Reitern. Nachdem in der Reitschule Wohr bereits am 15. Februar 1931 die erste Prüfung zum Deutschen Reiterabzeichen stattfand, hatte Reitlehrer Wohr den Erfolg, schon am 2. Mai wiederum eine Anzahl Bewerber um das Silberne und Bronzene Reiterabzeichen den Richtern: Bandfotomeister von Wittwitz und Dr. Schulz, Chröft, vorstellen zu können. Sämtliche Bewerber bestanden mit gutem Erfolge die Prüfung. Das Silberne wurde Frau Eva Bendorf, Landgerichtsrat Imbach und dem Bereiter der Reitschule, Paul Raatzky, verliehen. Das Bronzene Abzeichen erwarb Fr. Christa Jochmann.

* Versuchter Einbruch. Einbrecher versuchten in ein Herrentuchgeschäft in der Benthener Straße einzudringen. Sie begannen mit einem Steinmeisen die Ladentür aufzubrechen, führten ihr Vorhaben aber nicht durch, weil sie offenbar gefördert und verschreckt wurden.

* Kommunistische Störungen. Als am Montag, gegen 22.30 Uhr, etwa 70 Kommunisten eine Versammlung der NSDAP. in Petersdorf in einer Gastwirtschaft auf der Hegenheldstraße durch minutenlanges Abjagen der Internationale störten, wurden sie durch die Polizei in den Schankraum gebracht. Auch hier mußten sie entfernt werden, weil sie Randaufnahmen und die Versammlung weiter störten. Da auf der Straße die Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht befolgt, mußten sie

Ein Kulturübel

Von Prof. Dr. med. Martin Vogel, Dresden.

Als im vorigen Jahrhundert die Indianer Nordamerikas in engere Berührung mit den weißen Einwohnern kamen, konnten sie sich nicht genug über deren schlechte Zahnbefähigung wundern. Dab die Zahnsäule bei den weissen Völkern eine außerordentlich verbreitete Zivilisationskrankheit ist, davon können wir uns jeden Tag selbst überzeugen.

Die Indianer vermuteten damals, die Ursache der Berührung seien — die vielen Lügen, die über die Zähne hinweggegangen seien. Falsch war schon etwas bei den Weißen, nur lag dieser Fehler an einer ganz anderen Stelle: in der Ernährung, und erst allmählich ist darüber Klärheit geschaffen worden.

Von Bedeutung sind an erster Stelle direkte chemische Einwirkungen auf die Zähne. Aus Zucker und Mehl, die besonders in Gestalt von Süßigkeiten leicht an den Zähnen hängen bleiben, ent-

Der Kreistag berät den Haushaltspunkt

Förderung des Kleinwohnungsbau im Kreise Oppeln

(Eigener Bericht)

Oppeln, 5. Mai
Unter Vorsitz von Landrat Graf von Matuschka traten am Dienstag die Kreistagsabgeordneten zum Frühjahrskreistag zusammen. Im Vordergrund standen die Staatsberatung und die Neufestsetzung der Steuerabstülpungen für 1931/32. Auch diesmal stellte der Kreistag aus Überschüssen der Kreisspar- und Girokasse Mittel zur Förderung des Wohnungsbau (Kleinwohnungen) zur Verfügung.

Für das Kreistagsmitglied Pfarrer Dietrich, Proskau, der in den Kreisausschuß eingetreten ist, wurde Förster Welzel, Czarnowanz (Bentr.) in den Kreistag als neues Mitglied eingeführt. Über den Abschluß der Jahresrechnung der Kreisspar- und Girokasse berichtete Kreistagsabgeordneter Justizinspektor Sopert, Kupp. Der Reingewinn der Kasse beträgt 129 768 Mark. Hieron wurden 36 905 Mark dem Rücklagefonds zugeführt. Von den verbleibenden 92 863 Mark wurden 46 431 Mark dem Reservefonds der Sparkasse zugeführt, von denen wiederum 30 000 Mark für Hypotheken zum Kleinwohnungsbau Verwendung finden sollen. 46 431 Mark werden dem Garantieverband für gemeinnützige und mildtätige Zwecke angeleitet. Innerhalb des Kreises sind drei neue Nebenstellen errichtet. Die Zahl der bewilligten kleinen Darlehen ist auf 4280 Fälle gestiegen, während die Spareinlagen rund 11 Millionen Mark betragen.

Um die für gemeinnützige und mildtätige Zwecke zur Verwendung fommenden Mittel von der Körperschaftsteuer zu befreien, wurde die Rendierung der Säugungen für die Kreisspar- und Girokasse genehmigt.

Das Krankenhaus in Kupp mußte wegen seiner Unzulänglichkeit ausgebaut werden.

Die Baukosten betragen rund 100 000 Mark. Davon sind 320 000 Mark durch Aufnahme eines Darlehens von 250 000 Mark aus Mitteln des Kreises (30 000 Mark) und einer Staatsbeihilfe von 40 000 Mark gedeckt. Der Restbetrag von 80 000 Mark ist noch zu bedenken. Um den Schußbetrag nicht länger durchzuleppen zu müssen, wurde beschlossen, die Überschüsse der Kreisspar- und Girokasse aus dem Jahre 1931 hierfür zu verwenden.

Trotzdem bei dem Etat erhebliche Abschüsse gemacht worden sind, bleibt doch ein Fehlbetrag von 150 000 Mark.

Dieser dürfte aber noch gestiegen werden, da der Sozialatlas als zu niedrig bezeichnet wurde

— mitunter unter Anwendung von Gewalt — zerstreut werden. Die von der Versammlung nach dem Stadtmittnern zurückzumachenden nationalsozialistischen Teilnehmer wurden an der Tochter Ede Petersdorfer Straße im Dunkeln mit Steinen und Eisenstücken beworfen. Eine Frau wurde am Bein getroffen.

* Verziehung. Polizeirat Wanke vom Polizeipräsidium Gleiwitz ist mit Wirkung vom 16. Mai 1931 an die Polizeischule Burg bei Magdeburg versetzt worden.

* Unmöglichkeit im Strafverkehr. Auf der Wilhelm-Ebertstraße wurde ein Mann, der trotz des Haltezeichens des Verkehrsbeamten über die Straße ging, von einem Motorrad angefahren. Der Führer starb. Sein Rad wurde erheblich beschädigt. Der Sachschaden beträgt 60 Mark. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

* Ein Grubenarbeiter spurlos verschwunden. Vermißt wird seit dem 20. April der Grubenarbeiter Paul Wantalla, geboren am 10. 1. 1905 zu Pawlowitz, Kreis Bleib, zuletzt Böhmenstraße 15 wohnhaft. Er ist 1,56 Meter groß, schmal, hat schwarzes, glattes kurzes nach links gescheiteltes Haar, bleiches Gesicht, niedrige, zurückweichende Stirn, blaue Augen, gräßliche Nase, abstehende Ohren, schmale Mund, spitzes Kinn, kleine abgeartete Hände, tiefe Stimme. Bekleidet war er mit schwarzem Hut, schwarzem Wintermantel, schwarzem Anzug, Tricotwäsche, Umlegekragen, großen wollenen Strümpfen, hohen schwarzen Schnürschuhen. Mitteilungen über den Vermissten erbittet das Polizeipräsidium Gleiwitz nach Zimmer 92.

stehen durch Gärung Säuren. An kleinen, z. T. durch zu kalte oder zu warme Speisen oder durch mechanische Einwirkungen entstandenen Lücken des schützenden Zahnschmelzes dringen diese Säuren in das eigentliche Zahngewebe ein, entziehen ihm den Kalz und bahnen damit den lebendigen Krautbakteriengrenzen (Bakterien) den Weg, die nun das weitere Zerstörungswerk vollziehen. Der Schaden, den der steigende Verbrauch an Süßigkeiten angerichtet hat, ist unverkennbar. So sind die Gebisse der Schulanfänger in Bärnbach etwa von Kriegsbeginn an bis 1924 von Jahr zu Jahr besser geworden — die mit Note I bewerteten stiegen von 7 % auf 40 % — um sich dann wieder deutlich zu verschlechtern.

Mindestens ebenso wichtig wie Vorsicht beim Zuckergenuß ist die Zusammenziehung der Nahrung überaupt. Als lebende Gebilde stehen die Zähne mit dem gesamten Stoffwechsel des Körpers in Zusammenhang. Ist die Nahrung einseitig zusammengesetzt, dann leiden unvermeidlich auch

und keinesfalls ausreichen dürfte. Mit einer Erhöhung der Einnahmen ist keinesfalls zu rechnen. Durch das Sperrgesetz dürfen auch die Kreisumlagen keine weitere Erhöhung erfahren. Hierzu führt der Landrat aus, daß auch die Gemeinden die Lasten nicht mehr aufbringen können. Der Sozialatlas wurde in der Aussprache durchweg als zu niedrig bezeichnet. Der Kreishausplan für 1931 schließt mit 1808 420 Mark. Hieron sind 739 356 Mark durch Kreisabgaben aufzubringen. Es werden an Zuschlägen erhoben:

79,52 Proz. von den Kreisabgabenumlage der Einkommen- und Körperschaftsteuerüberweisungen,

72,89 Proz. von den Realsteuern (Grundvermögens- und Gewerbesteuern),

79,52 Proz. von dem tatsächlichen bzw. singierenden Steuersoll.

Der Preis hat, um eine bessere Verbindung mit der linken Oderseite zu schaffen, die Volkstrübe zu bauen, die Winskau gebaut. Da sich die Gemeindevertretung Bogisdorf sträubt, den Zugangsweg anzulegen, werden weitere Maßnahmen ergriffen, um die Gemeinde zu zwingen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in Zukunft das Kreisbauamt mit der Betreuung und Regie von Bauten im Kreise zu beauftragen. Zugestimmt wurde der Heranziehung der Gemeinde Brinnis zum Bau der Chaussee Brinnis-Lugnian mit einem Betrage von 33 875 Mark. — Die An-

stellung der Kreisangestellten Weigel und Cebulla als Beamte wurde genehmigt.

Als Amtshaupter für Kratzewitz wurde Lehrer Pilawa, Kratzewitz, als Stellvertreter Kaufmann Paul Dzuba, Kratzewitz, gewählt.

Als Schiedsmann für Wengern-Kollanowitz wurde Landwirt Albert Kawacki in Kollanowitz und für Tarnau-Kottowitz-Natfel Hauptlehrer Josef Höfle in Tarnau gewählt. Als Mitglieder für den Gewerbe-Steuerausschuß des Landkreises Oppeln, ausschließlich Stadt Krappitz, wurden gewählt: Amtsvorsteher Lax, Czarnowanz, Domänenpächter Meyer, Proskau, Gastwirt Dattlo, Grischowitz, Landwirt Kuhn, Blumenau, Domagalla, Kupp und Josef Schüller, Friedrichstal. Kreisverordnete für das Landeskulturmuseum wurden Landwirt Apfel, Krappitz, Güterdirektor Standke, Bierzan, Landwirt Bartzyk, Poppelsau, Gutsbesitzer Piechotta, Tarnau, Domänenpächter Meyer, Proskau und Landwirt Duda, Blumenau. Beschlossen wurde der Chausseebau Klein-Kottowitz-Groß-Kottowitz mit einem Gesamtkostenaufwand von 110 000 Mark. Zum

Oberbrückenbau Nicoline-Schurgast

berichtete Landrat Graf von Matuschka, daß die Kosten auf rund 1 Millionen Mark veranschlagt werden. Für die Durchführung werden erhebliche Mittel aus der Osthilfe erwartet. Ein weiterer Oberbrückenbau ist an der Strecke Konty-Klein-Schinnis geplant.

Landesverband Westoberschlesien der DNVP.

Der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden

(Eigener Bericht)

Kandzin, 5. Mai.

In Kandzin fand die 5. Tagung des Kommunalpolitischen Landesausschusses der DNVP statt. Der Landesobmann, Rechtsanwalt Schiffmann, Oppeln, eröffnete die noch stärker als früher aus allen Teilen Oberschlesiens besuchte Versammlung mit heraldischen Begrüßungsworten; im besonderen wurden der Landesverbandsvorsitzende, Landesältester Thomas, Gr. Blumenau, Stadtrat Dr. Kleiner, Wdr., Beuthen, und die Landtagsabgeordneten Dr. Marek, Berlin, und Straube, Ratibor, begrüßt.

Bürgermeister Dr. Marek, Wdr.,

Berlin, der Vorsitzende des Kommunalpolitischen Reichsausschusses der DNVP, nahm dann das Wort zu seinem Vortrag "Der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden". Er führte die großen finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen in erster Reihe auf die Zunahme der sogenannten Wohlfahrtsverwerblosen zurück, deren Unterstützung den Gemeinden zur Last fällt. Auch die Abnahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit werde die Last der Gemeinden nicht verringern, da zunächst diejenigen Arbeitslosen wieder eingestellt zu werden pflegen, die erst kürzere Zeit arbeitslos seien und daher noch in der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeiterunterstützungständen. Die weniger leistungsfähigen Arbeiterdagegen blieben in immer größerem Maße arbeitslos und vermehrten so das Heer der Wohlfahrtsverwerblosen.

Obwohl Reich und Staat die Ursachen der allgemeinen Arbeitslosigkeit infolge der von ihnen begangenen Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten hätten, überließen sie doch die Aufbringung der Kosten für die aus der Arbeitslosenversicherung ausgestellten Wohlfahrtsverwerblosen ganz und gar den an sich schon überlasteten Kommunen. Der Fehlbetrag in den Haushalten der deutschen Gemeinden belief sich Ende des Statistikjahrs 1930 auf mindestens 620 Millionen und werde ohne Zweifel im Laufe dieses Statistikjahrs bald 1 Milliarde Mark überschreiten. Das bedeutet, daß der ganze Finanzierungspunkt der Reichsregierung von der Seite der Kommunalfinanzen aus völlig

über den Haufen geworfen werde. Diese Entwicklung zeige, daß das herrschende System in Reich und Staat am Ende angelangt sei. Zahlreiche Gemeinden würden sehr bald vor der Unmöglichkeit stehen, aus eigener Kraft die Unterstüzung an die Wohlfahrtsverwerblosen weiterzahlen zu können. Bei der geistigen Umstellung, die der Marxismus in der Arbeitervölkerung hinsichtlich der Ansprüche des einzelnen auf Unterstützung durch die Allgemeinheit hervorgerufen hat, werden im Falle einer Stockung der Unterstützungen schwerste Unruhen zu befürchten sein. Dem Reich wird daher nichts anderes übrigbleiben, als in solchen Fällen von Reichs wegen mit Sonderunterstützungen der notleidenden Gemeinden vorzugehen. Da die Reichsfinanzen aber erschöpft seien, der Reichshaushalt im Jahre 1930 einen Fehlbetrag von 1½ Milliarde aufweise, die Steuereingänge in außerordentlich starkem Maße zurückgingen, die sozialen Versicherungsanstalten notleidend seien und auch die Reichsbahn vor finanziellen Schwierigkeiten stehe, werde das Reich schwerlich in der Lage sein, für längere Zeit auch noch bei den Gemeinden mit finanziellen Unterstützungen einzutreten. Es werde nichts anderes übrigbleiben, als endlich das zu tun, was die Deutschen schon seit Jahr und Tag forderten, nämlich offen vor das Ausland mit der Erklärung herauszutreten, daß die Weiterzahlung der Reparationen unmöglich sei.

In den Gemeinden selbst aber dürften sich die deutschnationalen Kommunalvertreter durch die infolge einer versunkenen Reichs- und Staatspolitik geschaffenen Notlage nicht dazu bestimmen lassen, Lebensnotwendige Ausgaben abzulehnen. Ebenso wenig aber dürten sie es auf sich nehmen, Steuern zu bewilligen, die über die Finanzkraft der Bürgerschaft hinausgingen. Wenn ein Fehlbetrag in den Gemeindeetats unter diesen Umständen unvermeidlich sei, so hätten Reich und Staat die Verantwortung, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die Wohlfahrtsverwerblosenlasten, die den Gemeinden zu unrecht auferlegt seien, durch geeignete Maßnahmen von Reich und Staat aufgeglichen würden, denn Reich und Staat, nicht die Gemeinden, seien für die jetzige Notlage verantwortlich.

Nahrungsmittel, z. B. der Apfel oder die Möhre, reinigen die Zähne von zurückgebliebenen Speiseresten und regen das Zahnschleim in hervorragendem Maße an. Sauberkeit ist aber nach allen Erfahrungen eines der wichtigsten Mittel zur Gewinnerhaltung der Zähne. Deshalb ist das Obst nach der Mahlzeit und am Abend so besonders zu empfehlen. Gleichzeitig bekommen dabei die Zähne auch die nötige Arbeit, denn Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft geben ihnen, wie jedem Organ, bei ungenügender Nahrungspräzession verloren.

Aus der Erkenntnis dieser Zusammenhänge heraus zeigen sich gerade die Zahnpflege neuwertig für eine Umgestaltung der Ernährung in dem Sinne ein, daß wieder, wie es noch zu unserer Großväter Zeiten war, Gemüse, Kartoffeln und Obst den Hauptplatz in unserer Kost einnehmen und an die Stelle der einheitlich verweichenden Nahrung treten, die an den Zähnen der zivilisierten Völker so viel Schaden angerichtet hat.

Sport-Beilage

Erstes Fußball-Blitz-Turnier in Beuthen

Heute um 15 Uhr auf dem 09-Platz

Die im Reiche so beliebt gewordenen Blitz-Turniere haben nun auch in Oberschlesien Eingang und großen Anklang gefunden. Dem Post-Sportverein, der in Beuthen in nächster Zeit erstmals eine solche Veranstaltung plant, kommt das Beuthener Hindenburg-Gymnasium, das schon heute um 15 Uhr auf dem 09-Platz an der Heinrichgrube ein Fußball-Blitz-Turnier aufzieht, zuvor. An dem Turnier nehmen außer der Mannschaft der veranstaltenden Lehranstalt die Oberrealschule Hindenburg sowie die beiden anderen Beuthener höheren Schulen, das Realgymnasium und die Oberrealschule teil. Das Fußballspiel erfreut sich an diesen Anstalten besonderer Beliebtheit, und auch die Spielfluktur steht auf einer sehr beachtlichen Stufe. Da alle vier Schulen in diesem Turnier aneinandertreffen und die Kämpfe nach Punkten gewertet werden, wird die wirklich beste Mannschaft Sieger bleiben. Bei Punktegleichheit entscheidet das bessere Torverhältnis. Die Spielzeit jedes Treffens beträgt zweimal 12 Minuten. Große Siegesausichten haben die Hindenburg-Oberrealschüler, bei denen eine Anzahl Spieler bekannter Hindenburg-Vereine mitwirken sowie das Beuthener Hindenburg-Gymnasium, das in Prüssel, dem bekannten Außenstürmer des Südostdeutschen Meisters Beuthen 09, eine große Stütze hat. Aber auch die beiden anderen Schulen, besonders das Realgymnasium, stehen durchaus nicht aussichtslos da.

Eintracht Frankfurt noch nicht zweiter Süd-Bertreter

Ein weiteres Spiel auf Himmelfahrt verlegt

In den Paarungen zur Vorrunde der Deutschen Fußballmeisterschaft ist nun doch eine Änderung eingetreten. Eintracht Frankfurt und Fortuna Düsseldorf sollten schon am 10. Mai aneinandertreffen, und zwar im Rheinstadion zu Düsseldorf, um ihr erstes Spiel zu entscheiden. Jetzt hat aber Bayern München Einspruch beim Verband erhoben — und wie sich herausstellte mit Recht! Eintracht Frankfurt steht mit Sicherheit als zweiter süddeutscher Vertreter überhaupt noch nicht fest. Beide Mannschaften haben noch je ein Punktspiel zu bestreiten, und erst wenn jede das ihre gewinnt, ist Eintracht Süddeutscher Zweiter. Man hatte also die Aussichten der Bayerns zu früh begraben. Der Zweite soll aber bestimmt auf den Westdeutschen Meister Fortuna Düsseldorf im Rheinstadion treffen — in Ansicht wurde als Termin jetzt Himmelfahrt genommen.

Der dritte Süd-Bertreter steht ebenfalls noch nicht fest. Er wird in einem Spiel zwischen Phoenix Ludwigshafen und München 1860, das in Stuttgart oder Nürnberg stattfindet, ermittelt. Der Unterliegende, Bayern München oder Eintracht Frankfurt, kommt hierfür nicht in Betracht. Das Vorrundenspiel um die Deutsche Meisterschaft wird der Süd-Bertreter in Süddeutschland bestreiten dürfen, die Heimatstadt der siegenden Elf hat wohl die größten Ansichten.

Borwärts-Rasensport — BfR. Gleiwitz 4:2

Die Vereinigten traten mit Erfolg an, siegerten aber trotzdem den Rasensportlern ein überlegenes Spiel. Bei Halbzeit stand es bereits 3:0 für Borwärts-Rasensport. Nach der Pause spielten die Vereinigten verhalten, wodurch die Rasenspieler etwas aufkamen und noch ein 4:2-Ergebnis heranholen konnten.

Nebungsspiel der Gleiwitzer Gaußschiedsrichter

Die Gaußschiedsrichter-Vereinigung Gleiwitz hatte am Sonnabend ein Nebungsspiel, da sie am 14. 5. gegen die Gaußschiedsrichter-Vereinigung Oppeln spielt. Die A-Mannschaft siegte zwar mit 2:1, trotzdem waren die Leistungen der B-Mannschaft nicht schlechter. Ein Unentschieden wäre gerechter gewesen.

BfC. Beuthen — Fiedlersglüd 2:1

Wie vorausgesessen, wurde das Spiel sehr spannend und hatt durchgeführt. Die gute Leistung von Schiedsrichter Bittner verhinderte über jede Ausweitung. Die leichte Überlegenheit der BfC kam bis zur Halbzeit durch ein Tor des Halblinks zum Ausdruck. Nach der Halbzeit erhöhte der rechte Läufer das Ergebnis auf 2:0. Durch einen Elfmeter kam BfC Fiedlersglüd zu einem Tor. Das Vorpiel der Alten Herren der beiden Vereine endete mit 1:1.

DJK. Siegfried Groß Strehlitz — DJK. Eichendorff Tost 5:2

Die Groß-Strehlitzer Senioren sind auf ihrem sandigen Sportplatz gut eingespielt und belegten Tost, nach einem in der ersten Halbzeit für Tost guten Spielverlauf, mit 5:2. Die zweite Jugend von Tost wurde mit 4:1 glatt Sieger über die gleiche Groß-Strehlitzer Mannschaft. Das Schülerpiel endete mit 1:1 unentschieden.

Norddeutschland schlägt Nordholland 2:0

Vor etwa 8000 bis 9000 Zuschauern errang die norddeutsche Fußball-Deputationsmannschaft in Aßeln ein 2:0 (0:0)-Sieg über Nordholland. Die norddeutsche Elf war die technisch bessere Mannschaft, die Holländer waren jedoch durch ihre schnellen Durchbrüche häufig gefährlich.

Rekordeinnahme bei Hertha — Tennis

Die Einnahmen aus dem Spiel Hertha-BSC. — Tennis-Borussia brachten nicht weniger als rund 51 000 Reichsmark, die von etwa 43 200 Zuschauern gezahlt wurden. Das bedeutet, sofern man hier davon reden kann, einen neuen Rekord für ein Berliner Klubspiel.

Handballmeisterschaft der DGB.

Favoritensiege in den Zwischenrundenkämpfen

Das Hauptinteresse der deutschen Handballgemeinde richtet sich am Sonntag auf die Zwischenkämpfe um die DGB-Meisterschaft. Sämtliche Begegnungen verliefen formal gemäß, doch ließen sich die Favoriten teilweise erst nach härtestem Kampf durch. In der Vorschlußrunde der Frauen siegte SC Charlottenburg mit 5:4 nach dreimaliger Verlängerung über Eintracht Frankfurt a. M., während Victoria Hamburg sich Alemannia Königsberg mit 4:1 (2:0) überlegen zeigte. Hier stehen also am 31. Mai die gleichen Vereine im Endkampf wie im Vorjahr. Von den drei Zwischenrundenkämpfen der Männer — der Titelverteidiger Polizei-Sportverein Berlin gelang kampflos in die Vorschlußrunde — war die Begegnung zwischen Spielvereinigung Hütten gegen Polizei Weißensee (7:6) am härtesten umstritten. Der 1. Spandauer BSC. siegte mit 10:8 über Hannover 96, während Darmstadt 98 gegen Polizei Gotha mit 9:5 gewann. Die Vorschlußrunde der Männer zwischen den siegreichen Vereinen und den Berliner Polizei wird am 17. Mai ausgetragen.

Südostdeutsche Hockeystandtagung in Breslau

Der Südostdeutsche Hockeystandtagung hielt am Sonntag vormittag bei sehr guter Beteiligung in Breslau seinen Verbandsstag ab. Die Berichte des Vorstandes wurden genehmigt. Bei den Neuwahlen unterlag der langjährige (zehn Jahre) Vorsitzende Schwarz (BfC), mit knapper Stimmenmehrheit gegen Müller (BfR). Der frühere Verbandsställer, Danke, Görlitz, der aus dem Verbandsgebiet verzogen ist, wurde mit der Verbandschreinadel ausgezeichnet. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Müller (BfR. Breslau), Schriftführer Klüger (BfC), Kassierer Fortert (TC Neuhausen), Pressesprecher Kantner (VfB Breslau), Kassenprüfer Marschke und Wittmann (Bleischarleghausen). Der Beitrag wurde pro Staffel auf 5 Mark erhöht. Oberschlesien wurde ein Nachlass von zehn Prozent gewährt. Da der Deutsche Hockeystandtagung für den Jugendtag keine Beihilfen gegeben hat, wird der SDHVB. den nächstjährigen Bundesbeitrag einbehalten. Der nächste Verbandsstag wird im ersten Maiwochenende 1932 in Beuthen abgehalten werden.

Hinz, Barmen.

Bantamgewichtsmeister

Im Stadion zu Oberhausen gab es vor 8000 Zuschauern eine recht interessante Boxkampf-Veranstaltung mit der Deutschen Bantamgewichtsmeisterschaft im Mittelpunkt. Der Titelverteidiger Georg Pföhner, Berlin, konnte sich nicht in der erwarteten Weise durchsetzen und gab den Kampf völlig erschöpft in der 7. Runde gegen Hinz, Barmen, auf. Im Schwergewichtstreffen erhielt der Kreuzfelder Hans Schönath die verdiente Punktentcheidung über Audi Wagener, Duisburg, der viel zu langsam und schwächer war. Sehr schnell wurde der Bochumer Mittelgewichtler Skibinski mit Bruchhäuser, Gladbeck, fertig. Nach mehreren Niederschlägen warfen die Sekundanten von Bruchhäuser das Band zum Zeichen der Aufgabe. Schwarz, Oberhausen, und Stich, Hagen, trennten sich nach 6 Runden unentschieden.

Olympiaausscheidungen der Schwerathleten

In Verfolg seiner Olympia-Vorbereitungen hatte der Deutsche Athletik-Sport-Verband v. 1891 die Gewichtsleger der Bantamgewichtsklasse sowie die Weltgewichtsleger der Gruppe Nord in Essen zu Ausscheidungskämpfen zusammengezogen. Bei den Ringern machte erwartungsgemäß der Hamburger Földéak die beste Figur, auch Mölln, Duisburg, und Dieckmann, Essen, zeigten befriedigende Leistungen, dagegen vermochten sich die Berliner Kutzowksi und Henkel sowie der Hamburger Nörnberg nicht zur Geltung zu bringen. Im olympischen Dreifampf der Bantamgewichtsleger endete K. O. Dortmund, mit 480 Pfund in Front vor Bocholt, Bocholt, mit 470 und dem wegen Übergewicht außer Konkurrenz stehenden Berlin, Essen, mit 460 Pfund. Die nächsten Plätze belegten Kastam, Hamburg, mit 435 und Ammann, Hamburg, mit 415 Pfund.

Neuer deutscher Staffel-Schwimmrekord

Im Rahmen der Jubiläums-Schwimmwettläufe, die der Aachener SV. v. 1906 aus Anlaß seines 25-jährigen Bestehens veranstaltete, stellten die Damen Sommer-Clermont, Wirth und Ahrens von Dortmund 06 in der 3mal 100-Meter-Kraulstaffel mit 4:04,4 eine neue deutsche Bestleistung auf. Im 100-Meter-Kraulschwimmen siegte der Kölner Haas in der sehr guten Zeit von 1:01,6. Möglicher als erwartet, schafft Hellas Magdeburg ab, den Mitteldentischen war ein einziger Staffelsieg beschieden.

Ergebnisse: Männer: 100 Meter Kraul: 1. Haas, Köln, 1:01,6; 2. Krämer, Aachen, 1:04,8; 3. Trocha, Aachen; 4mal 100 Meter Kraulstaffel: 1. Poseidon Köln 4:11,2; 2. Hellas Magdeburg 4:21,4; 100 Meter Brust: 1. Bubig, Köln, 1:17,6; 2. Beelen, Düsseldorf, 1:19,2; Lagenstaffel, 100, 200, 100 Meter: 1. Sparta Köln 5:1,6 (Hellas Magdeburg aufgegeben); Kraulstaffel, 4mal 50 Meter: 1. Hellas Magdeburg 1:54,2; 2. Poseidon Köln 1:54,4. Springen: 1. Biebach, Berlin, 140,26 P.; 2. Haas, Köln, 131,28 P. Damen: Springen: 1. Schaffstaedt, 2. Thyssen, Aachen, 58,14 P. 100 Meter Kraul: 1. Middendorf, Iserlohn, 1:17,8. Wasserball: Aachen 06 gegen Kreisfeld 09 6:5; Poseidon Köln gegen Rheindorf 03 7:1.

Dreimal Soenius

Beim Fichtenhain-Bahnrennen in Heide

Die Eröffnungsveranstaltung des Dithmarscher AC. (DADC) auf der Fichtenhain-Bahn in Heide i. Holstein war ein voller Erfolg in jeder Hinsicht. Es wurden außerordentlich schnelle Zeiten erzielt, und besonders die Motorradfahrer taten sich durch glänzende Leistungen hervor. Der Held des Tages war der Kölner Soenius, der nicht weniger als drei Rennen gewann, davon zwei mit einem Stundenmittel von mehr als 140 Kilometer.

Oberschlesische Regler in Cosel

Am kommenden Sonntag ab früh 9 Uhr finden die Bezirksspiele der oberschlesischen Regler aus den Städten Oppeln, Cosel, Kreuzburg, Neiße, Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen im Reglerheim Cosel statt. Es werden je 100 Schuh auf Böhle und Schere geschoben. Die Beuthener Regler werden von ihrem 1. Sportwart P. Wrobel zu diesen Kämpfen angeführt. Trotz der schlechten Bahnverhältnisse hofft die Beuthener Böhlen- und Scherenliga, die sich aus 10 Mann zusammensetzt, wenn auch nicht den Bezirkssieger, so doch einen Sieg nach Beuthen zu bringen.

Handelsnachrichten

Frankfurter Börse

Etwas freundlicher

Frankfurt a. M., 5. Mai. Die Abendbörsen begann mit etwas festeren Kursen obwohl das Geschäft, nachdem zu den ersten Kursen einige Umsätze stattgefunden hatten, ganz still lag. Farben 144%, Rheinstahl 73%, Licht und Kraft 116%, Bemberg 94%, Aku 81%, Reichsbank 144, Dresdner Bank 103%, Barmer Bankverein 100%. Freiverkehr: Darmstädter Bank 131, Hapag 56, Lloyd 57, Buderus 45%, Deutsche Erdöl 68%, Deutsche Linoleum 80%, Schuckert 135, Waldhof 90, Metallgesellschaft 67%, Verlauf geschäftslos. Bayerische Hypotheken- und Wechselbank 125, Berliner Handelsgesellschaft 118%, Danatbank 131%, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft 108%, Hapag 56%, Buderus 46, Chade 284%, Conti-Gummi 117, Daimler 28%, Felten 80, Harpener 64, Salzdorf 214, Mansfeld 33%, Metallgesellschaft 67%, Rüterswerke 49, Tietz 105, IG. Chemie Basel 173, Wayß & Freytag 30%, Schutzbefreiungsanleihe 2%.

barung einer deutsch-österreichischen Zollunion begrüßt und hierin für die österreichische Holzwirtschaft eine Lösung der bestehenden katastrophalen Schwierigkeiten erblickt. Die Delegation spricht sich hierbei gegen die bei einem Inkrafttreten der Zollunion, insbesondere von der süddeutschen Forst- und Holzwirtschaft geforderten Zwischenzölle aus. (Ht.)

Magdeburger Zuckernotierungen

Magdeburg, 5. Mai. Tendenz ruhiger. Mai 6,75 B., 6,70 G., Juni 6,90 B., 6,85 G., Juli 7,10 B., 7,05 G., Aug. 7,25 B., 7,20 G., September 7,30 B., 7,25 G., Okt. 7,45 B., 7,35 G., Nov. 7,60 B., 7,50, Dez. 7,70 B., 7,65 G., März 7,95 B., 7,90 G.

Privatdiskont 4% Prozent für beide Sichten.

7,30 B., 7,25 G., Okt. 7,45 B., 7,35 G., Nov. 7,60 B., 7,50, Dez. 7,70 B., 7,65 G., März 7,95 B., 7,90 G.

Bremer Baumwollkurse. Nordamerikanische Baumwolle, loko 10,88. Tendenz ruhig. Mai 10,50 B., 10,40 G., Juli 10,64 B., 10,61 G., Okt. 10,92 B., 10,91 G., Dez. 11,14 B., 11,12 G., Jan. 1932: 11,26 B., 11,22 G., März 11,44 B., 11,42 G.

Berlin, 5. Mai. Kupfer 74½ B., 74 G., Blei 23½ B., 22½ G., Zink 21½ B., 20½ G.

Devisenmarkt

Für drahtlose Auszahlung auf	5. 5.		4. 5.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	1.322		1.328	1.339
Canada 1 Canad. Doll.	4.193		4.201	4.201
Japan 1 Yen	2.075		2.079	2.077
Kairo 1 Egypt. Str.	20,915		20,955	20,95
Istanbul 1 türk. St.				
London 1 Pfd. St.	20,402		20,442	20,404
New York 1 Doll.	4.1960		4.2040	4.2035
Rio de Janeiro 1 Mlr.	0,252		0,284	0,302
Uruguay 1 Gold Pes.	2.687		2.693	2.733
Amsld.-Rott. 100 Gl.	168,56		168,90	169,00
Athen 100 Drachm.	5,44		5,45	5,45
Brüssel-Anlw. 100 Bl.	58,835		58,455	58,48
Bukarest 100 Lei	2,498		2,504	2,499
Budapest 100 Peng.	73,14		73,28	73,28
Salzdetfurth 214, Mansfeld 33%				
Danzig 100 Gulden	81,56		81,72	81,74
Helsingf. 100 finnl. M.	10,558		10,578	10,578
Italien 100 Lire	21,97		22,01	22,005
Jugoslawien 100 Din.	7,380		7,394	7,390
Kowno 41,925			42,005	42,005
Kopenhagen 100 Kr.	112,30		112,52	112,53
Lissabon 100 Escudo	18,85		18,89	18,89
Oslo 100 Kr.	112,30		112,52	112,52
Paris 100 Fr.	16,890		16,489	16,435
Prag 100 Kr.	12,427			

Handel • Gewerbe • Industrie

Die Krisis als Gast der Deutschen Reichsbahn

783,5 Mill. RM. Mindereinnahmen — Steigerung des Betriebskoeffizienten von 83,93 auf 89,50 Prozent — 7,3 prozentige Mehrleistung der Lokomotiven — Der Schenker-Vertrag
Vorsorge für die Dividende 1931

Dem Abschluß der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, des größten Verkehrsunternehmens der Welt, kommt deshalb erhöhte Bedeutung zu, weil er das sicherste Barometer für den Stand des gesamten deutschen Wirtschaftslebens darstellt. Es kann daher nicht überraschen, daß auch die Reichsbahn die deutlichen Spuren der Krisis trägt, die während des ganzen vorigen Jahres über Deutschlands Wirtschaft lag. Der soeben der Öffentlichkeit vorgelegte Verwaltungsbereich gibt in anschaulicher Weise über alle den Verkehr der Eisenbahn betreffenden Fragen Auskunft und streift auch den viel umstrittenen „Schenker-Vertrag“. Lassen wir die Reichsbahn zunächst selbst einmal sprechen:

Das Jahr 1930 brachte der deutschen Wirtschaft und damit auch dem Reichsbahn-Unternehmen schwere Rückschläge. Im ganzen blieben die Einnahmen um 14,63 Prozent oder 783,5 Mill. RM. gegen das Vorjahr zurück. Bei der Größe des Rückschlages bedurfte es außergewöhnlicher Maßnahmen, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu halten. Dies ist besonders schwierig bei einem Eisenbahn-Unternehmen, dessen feste Kosten außerordentlich hoch sind im Vergleich zu denen, die sich an den Verkehrsumfang anpassen lassen.

Da weitere Tariferhöhungen von der Wirtschaft schwer zu tragen gewesen wären, versuchte die Bahn, den gewaltigen Einnahmeausfall durch außergewöhnliche Einschränkungen auf allen Gebieten aufzufangen.

Freilich konnte hierdurch allein keine volle Deckung erreicht werden. Sie wurde dadurch erleichtert, daß das Reich auf Forderungen in Höhe von 133,6 Mill. RM. verzichtete. Außerdem war es notwendig, auf den Vortrag aus dem Jahre 1929 (178,94 Mill. RM.) zurückzugehen. Der Youngplan hat die Lasten der Reichsbahn nicht erleichtert, vielmehr ergab sich in 1930 aus den monatlichen Zahlungen statt den früheren halbjährlichen eine Mehrbelastung von 8 Mill. RM. Die Reichsbahn hat für das Reich in 1930 folgende Lasten getragen: 1. Reparationssteuer 660 Mill. RM., 2. Dividende auf 500 Mill. GM. dem Reich unentgeltlich überlassene Vorzugsaktien 35 Mill. RM., 3. Beförderungssteuer 289 Mill. RM., 4. vermehrte Pensionslast usw. 226 Mill. RM. und 5. Mehrkosten aus neuer Grenzziehung 18 Mill. RM., zusammen 1228 Mill. RM.

Das Streckennetz ist in 1930 nur unwesentlich erweitert worden, auch der Umfang des elektrisch betriebenen Netzes hat sich nur wenig verändert. Neue Bauten wurden nur dort in Angriff genommen, wo es die Betriebssicherheit forderte. Der Oberbau ist trotz der durch die finanziellen Verhältnisse gebotenen Einschränkungen in dem erforderlichen Umfange unterhalten und erneut worden. Neue Arbeitsverfahren und leistungsfähigere Geräte haben es möglich gemacht, den Unterhaltungszustand der Gleise allgemein zu verbessern und gleichzeitig die Kosten zu senken. Die durchschnittliche Leistung einer Lokomotive zwischen zwei Ausbesserungen konnte auf rund 103 000 km oder um rund 7,3 Prozent gesteigert werden. Die Zahl der

Betriebsunfälle war mit 2801 um 28 Prozent geringer als 1929 und um 50 Prozent geringer als 1928.

Der Betriebskoeffizient hat sich infolge der Krisis von 83,93 Prozent in 1929 auf 89,50 Prozent in 1930 erhöht. Der Güterverkehr nahm um 18,54 Prozent, der Personenverkehr um 5,46 Prozent ab. Den Betriebsaufnahmen von 4570 Mill. RM. standen in 1930 Betriebsausgaben von 4090 Mill. RM. (ohne Reparationssteuer) gegenüber. Einschließlich der Reparationssteuer (660 Mill. RM.)

übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 180 Mill. RM.

Außer der Reparationssteuer waren noch 14,2 Mill. RM. für den Dienst der neuen Schuldenverschreibungen und Anleihen und 14,2 Mill. RM. als Rückstellung für die Abschreibung des Betriebsrechts am Anlagezuwachs erforderlich. Zur Deckung dieser Beträge standen der Vortrag aus 1929 mit 178,9 Mill. RM. sowie 133,6 Mill. RM. aus dem Erlaß von Krediten durch die Regierung zur Verfügung. Aus diesen Beträgen wurden 75,7 Mill. RM. für die Zahlung der 7prozentigen Dividende auf die Vorzugsaktien verwandt. Der Rest von 28,4 Mill. RM. ist der Dividendenrücklage zugewiesen worden, damit die Vorzugsaktionäre auch für 1931 ihre 7prozentige Dividende gewährleistet haben.

An Kapitalien flossen der Reichsbahn aus der Young-Anleihe 253 Mill. RM. zu. Außerdem sind 150 Mill. RM. 6prozentige 5jährige Reichsbahn-Schatzanweisungen begeben worden. Der Umlauf an Reichsbahn-Vorzugsaaktien betrug Ende 1930: 1106 Mill. RM., davon befanden sich 25 Mill. RM. im Besitz der Bahn. Nicht emittiert waren 894 Mill. RM. Da durch die Zuweisung von 28 Mill. RM. an die Dividendenrücklage diese auf 78,37 Mill. RM. anwächst, ist die Dividendenzahlung auf die umlaufenden Vorzugsaktien auch dann gesichert, wenn die Ertragsrechnung für 1931 noch ungünstiger abschließt als für 1930.

Über den Schenker-Vertrag wird u. a. folgendes ausgeführt: Trotz eigener Notlage suchte die Reichsbahn die Preissenkungsbestrebungen der Regierung durch Ermäßigung wichtiger Ausnahmetarife, besonders für Lebensmittel, zu unterstützen. Demselben Zweck dient der im Februar 1931 mit der Firma Schenker & Co. abgeschlossene Vertrag, der die Rollfuhrgebühren und Sammelgutfrachten senken und durch Schaffung von Haus-Haus-Tarifen verkehrsfördernd und verkehrswirksam wirken soll.

Über die Aussichten heißt es: Wenn auch in 1930 der Ausgleich in der Gewinn- und Verlustrechnung trotz des gewaltigen Einnahmeausfalls mit außerordentlichen Einschränkungen auf allen Gebieten geschaffen werden konnte, so erscheinen die Aussichten für 1931 umso ernster, als einerseits der Einnahmerückgang fortschreitet und andererseits Ausgleichsmöglichkeiten, wie sie jetzt durch Vorhandensein eines Vertrags und durch Erlaß der Reichskredite gegeben waren, in Zukunft nicht mehr bestehen.

Färsen			
a) vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwertes	42—44		
b) vollfleischige	38—41		
c) fleischige	32—36		
a) mäßig genährtes Jungvieh	38—37		

Fresser			
a) Doppellender bester Mast	—		
b) beste Mast- und Saugkälber	62—77		
c) mittlere Mast- und Saugkälber	45—63		
d) geringe Kälber	30—40		

Schafe			
a) Mastlämmmer und jüngere Masthammel	—		
b) Stallmast	44—48		
c) gut genährte Schafe	33—35		
d) fleischiges Schafvieh	34—38		
e) gering genährtes Schafvieh	25—31		

Schweine			
a) Fettschweine über 300 Pfds. Lebendgewicht	46—47		
b) vollf. Schweine v. ca. 240—300 Pfds. Lebendgew.	46—47		
c) vollf. Schweine v. ca. 200—240 Pfds. Lebendgew.	45—46		
d) vollf. Schweine v. ca. 160—200 Pfds. Lebendgew.	42—45		
e) fleisch. Schweine v. ca. 120—160 Pfds. Lebendgew.	38—41		
f) fleisch. Schweine unter 120 Pfds. Lebendgew.	43		

Sauen			
Auftrieb: Rinder 1147, darunter: Ochsen 234, Bullen 371			
Kühe und Färsen 522, Kalber 320, Schafe 4614, Ziegen 14682. Zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 3579. Auslandsschweine 399.			
Märktverlauf: Rinder ruhig, schwere fette Bullen ver nachlässigt, Kalber ruhig, Schafe, gute Lämmer gesucht, sonst langsam, Schweine glatt, Schluß abflauen.			
Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.			

Auftrieb: Rinder 1147, darunter: Ochsen 234, Bullen 371 Kühe und Färsen 522, Kalber 320, Schafe 4614, Ziegen 14682. Zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 3579. Auslandsschweine 399.

Märktverlauf: Rinder ruhig, schwere fette Bullen ver nachlässigt, Kalber ruhig, Schafe, gute Lämmer gesucht, sonst langsam, Schweine glatt, Schluß abflauen.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Berliner Produktenbörsen

Berlin, 5. Mai 1931

Weizen	14½—14½
Märkischer	283—285
Mai	298
Juli	300—309
Sept.	250—249
Tendenz: matt	

Roggenkleie	14½—15
Tendenz: behauptet	
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin	

Raps	—
Tendenz:	
für 1000 kg in M. ab Stationen	

Leinsaat	—
Tendenz:	
für 1000 kg in M.	

Gerste	—
Brauergeste	
Futtergerste und Industriegerste	
Tendenz: ruhig	

Hafer	—
Märkischer	192—196
Mai	204
Juli	209½—208½
Sept.	184—183
Tendenz: ruhig	
für 1000 kg in M. ab Stationen	

Mais	—
Plata	
Rumänischer	
für 1000 kg in M.	

Wetzenmehl	34½—40½
Tendenz: geschäftslös	
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin	
Feinstes Marken üb. Notiz bez.	

Roggemehl